

AL  
REPLIKATE  
LIBRARY

LIBRARY  
JAN 11 1956  
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER  
LIBRARY

# Die kommunistische internationale

1927 / HEFT 47

BERLIN, DEN 23. NOVEMBER

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

## AUS DEM INHALT

Die Demonstration der Millionen und die „Demonstration“ der Streikbrecher  
Jan Vltavsky: Die Delegationen der Freunde der Sowjetunion und ihr Welt-  
kongreß / Aquila: Die italienische Bourgeoisie und der Faschismus / Otto  
Reichenberger: Die deutsche Frage und der Anschluß Österreichs / Bücher-  
und Zeitschriftenschau

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, BERLIN. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927  
HEFT 47 23. NOVEMBER

## I N H A L T

	Seite
Die Demonstration der Millionen und die „Demonstration“ der Streikbrecher . . . . .	2287
Jan Vltavsky: Die Delegationen der Freunde der Sowjetunion und ihr Weltkongreß . . . . .	2293
I. T. Murphy: Der neunte Parteitag der Kommunistischen Partei Großbritanniens . . . . .	2300
Aquila: Die italienische Bourgeoisie und der Faschismus . . . . .	2305
Otto Reichenberger: Die deutsche Frage und der Anschluß Oesterreichs	2316
A. M.: Revue des Revues . . . . .	2330

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	1,—
Per Kreuzband monatlich . . . . .	1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	3,—
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteilokalphoren entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

**VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHN BLEY**  
HAMBURG BERLIN

## DIE DEMONSTRATION DER MILLIONEN UND DIE „DEMONSTRATION“ DER STREIK- BRECHER

Die Feier des zehnten Jahrestages der Oktoberrevolution hat in der Sowjetrepublik ganz ungewöhnliche Ausmaße angenommen. Nie haben Moskau und Leningrad ähnliche grandiose Demonstrationen gesehen. In Moskau sind über den Roten Platz, am Lenin-Mausoleum vorbei, im Laufe von acht Stunden in ununterbrochenem Zuge 1 bis 1½ Millionen Menschen, in Leningrad 800 000 Menschen vorübergezogen. Das gesamte Proletariat, alle Werktätigen der Sowjetrepublik demonstrierten an diesem Tage.

Unter welchen Losungen marschierten diese Millionen auf? Wir bauen! Wir bauen! Wir bauen! Das war das Leitmotiv der Oktoberdemonstration. Bereits am Vorabend des Jahrestages beeilte sich jeder Trust, jede Fabrik, jedes Werk, jedes Unternehmen, jede Institution, der sozialistischen Republik ein Festgeschenk darzubringen: die Grundsteinlegung einer neuen Fabrik, eines neuen Kraftwerkes, die Uebergabe neuer Flugzeuge, die Einrichtung neuer Klubs, neuer Schulen, neuer Kinderkrippen usw. In den Demonstrationen trugen die Arbeiter Plakate und Diagramme, die die Errungenschaften einer jeden Fabrik an der Wirtschaftsfront veranschaulichten. Die Millionenmassen waren vom Enthusiasmus des sozialistischen Aufbaus und von der stolzen Zuversicht durchdrungen, daß wir in der ersten Sowjetrepublik der Welt den Sozialismus bauen und aufbauen werden.

Die Stimmung der Massen war eine stolze und freudige, keineswegs aber eine gänzlich sorglose. Die Massen legten sich Rechenschaft darüber ab, daß sie den Sozialismus nicht in einem idyllischen Milieu aufbauen, daß sie von einer Welt von Feinden umringt sind, die einen Tag wie den anderen Waffen gegen sie schmieden, die gegen die Sowjetrepublik einen Krieg vorbereiten. Zum Unterschied von früheren Demonstrationen marschierte diesmal an der Spitze einer jeden Arbeiterkolonne die Arbeiterjugend mit der Flinte auf der Schulter. Stürmisch begrüßten die Arbeiter ihre Rote Armee, die an den Sowjetgrenzen Wache hält. Unzählige Karikaturen und Puppen, die den Erfindungsgeist der Belegschaft einer jeden Fabrik zeigten, stellten die dem Proletariat verhaßten imperialistischen Räuber — Chamberlain, Mussolini und ähnliche dar. Zugleich mit diesen offenen Feinden der Arbeiterklasse wurden auch deren versteckte Feinde — die Agenten des Kapitals in den Reihen der Arbeiter — karikiert. Ein Sarg und eine sich windende Schlange symbolisierten das Verhältnis des Proletariats zur internationalen Sozialdemokratie und zur II. Internationale. Das Verhältnis des siegreichen russischen Proletariats zu seinen westeuropäischen Arbeitsbrüdern wurde durch die Figur eines westeuropäischen Proletariers, dem der russische Arbeiter die Hand hinstreckt und den ein Sozialdemokrat von hinten an der Bluse zieht, um ihn ins Lager der Bourgeoisie zu bringen, veranschaulicht.

Die am zehnten Jahrestage der Oktoberrevolution demonstrierenden Mil-

tionen von Arbeitern waren nicht eine durch die Begeisterung des Augenblicks hingerissene Menge, sondern disziplinierte Arbeiterbataillone, die, ihrer Leninschen Partei folgend, sich des Zieles ihrer Bewegung bewußt sind, sich Rechenschaft über die Schwierigkeiten gaben, die zu überwinden sind und noch zu überwinden sein werden, die genau wissen, wer ihre Feinde und wer ihre Freunde sind. Auf unzähligen Transparenten wurde die Leninsche Partei — die Avantgarde des Proletariats — und das Zentralkomitee dieser Partei begrüßt. Auf zahlreichen Plakaten forderten die Arbeiter die Bewahrung der Einheit und der eisernen Disziplin in der KPdSU. Den auf der Tribüne auf dem Roten Platz weilenden Mitgliedern des Zentralkomitees der Partei und den Mitgliedern der Sowjetregierung brachten die vorbeimarschierenden Kolonnen stürmische Ovationen dar.

Die unvergeßlichen Demonstrationen des zehnten Jahrestages der Oktoberrevolution zeugten nicht nur von einer begeisterten Stimmung, sondern auch von der Geschlossenheit, Diszipliniertheit und dem Klassenbewußtsein der Arbeitermassen, die durch das Feuer des Bürgerkrieges, durch Hunger und Wirtschaftszerrüttung hindurchgegangen sind und endlich durch gemeinsame Anstrengungen unter Führung ihrer Partei sich auf die breite Straße des sozialistischen Aufbaues durchgeschlagen haben.

Und diesen mächtigen Strom versuchte ein Häuflein Bankrotteure aus der trotzkistisch-menschewistischen Opposition aufzuhalten und in ein anderes Bett abzulenken. Die „ehemaligen Führer“ — Trotzki, Sinowjew, Kamenew und andere hatten Zutritt zu der auf dem Roten Platz errichteten Tribüne und hatten die Möglichkeit, in einer Reihe mit denen, die heute am Steuer des Sowjetschiffes stehen, die organisierten Arbeiterkolonnen zu begrüßen. Sie hatten aber weder den Wunsch noch den Mut, dies zu tun; sie zogen es vor, von den Balkons ihrer Wohnungen, in den Zufahrtsstraßen zum Kreml, im Rücken des Zuges ihre eigenen Plakate, ihre eigenen Porträts reklamehaft hinzuhalten und mit der Losung aufzutreten: „Es leben Trotzki und Sinowjew!“ Dem sozialistischen Enthusiasmus der Millionen des organisierten Proletariats stellten sie die verblaßten Porträts der „ehemaligen Führer“ entgegen, die sich von ihrer Partei, von ihrer Klasse schon längst losgelöst und den Glauben an den sozialistischen Aufbau verloren haben. Durch hysterische Rufe versuchte das Häuflein der Streikbrecher die Reihen der Demonstration zu desorganisieren.

Armseliges und lächerliches Beginnen! Das Zischen der von einigen Dutzend Hochschülern umringten oppositionellen Führer ging in den feierlichen Hurrufen, die nicht ihnen galten, unter. So oft aber die marschierenden Arbeiterkolonnen infolge Stockung des Zuges anhalten mußten und die Arbeitermassen irgendwo wahrnahmen, daß die Oppositionellen sich an sie wandten, wurden die Hurrufe durch ein ohrenbetäubendes Pfeifen abgelöst. Die empörten Arbeiter rissen die Plakate und Porträts der Oppositionellen herunter und schlugen diese selbst in die Flucht. Dies geschah beispielsweise am vierten und am ersten Sowjethause, wo den „ehemaligen Führern“ die unerfreuliche Aufgabe zufiel, ihre eigenen Porträts vor den erzürnten Arbeitern zu verteidigen. Analoge Szenen wiederholten sich an etlichen Stellen in den Außenbezirken Moskaus und Leningrads, in denen plötzlich Trotzki, Kamenew (in Moskau) und Sinowjew (in Leningrad) in

Automobilen auftauchten, offenbar in der naiven Zuversicht, daß sie sich bloß dem „Volke“ zu zeigen brauchten, um sogleich auf Händen getragen zu werden. Die Arbeiter erteilten ihren „ehemaligen Führern“ eine anschauliche Lektion. Trotzki und Kamenew mußten ihr Automobil verlassen und sich eiligst dem Zorne der Massen entziehen; ebenso mußten sich Sinowjew in Leningrad und der oppositionelle Wilenski-Sibirjakow in Moskau in einem Torweg verstecken.

Die „Demonstration“ der Streikbrecher gegen die Demonstration der Millionen erlitt ein elendes Fiasko. Daß die Streikbrecher eine Gegendemonstration vorbereiten, war vorher bekannt, und die aus Kulaken und Nep-Leuten bestehende „dritte Kraft“, die in ihrer Schadenfreude an diese Kundgebung die Hoffnung knüpfte, daß die Bolschewiki endlich aneinander geraten würden, und so der „Anfang vom Ende“ kommen würde, erlebten eine bittere Enttäuschung. Selbst die Korrespondenten der westeuropäischen bürgerlichen Zeitungen konnten ihre Bewunderung für die eherne Geschlossenheit des Proletariats, die in der Oktoberdemonstration so plastisch zum Ausdruck kam, nicht unterdrücken. Nicht umsonst schrieb die bürgerliche „Frankfurter Zeitung“ anläßlich des zehnten Jahrestages der Oktoberrevolution:

„Die Hoffnungen auf den Zusammenbruch des Sowjetsystems sind nicht in Erfüllung gegangen. Das von Lenin geschaffene System hält sich auch ohne seinen Schöpfer und Führer. . . Wenn für den Sowjetstaat die Stunde der Gefahr schlägt, werden sich in allen Ländern mächtige Wellen der Sympathie in den Massen erheben, denn das russische Experiment ist ja letzten Endes der Keim des Zukunftsstaates.“ . . .

Daß die trotzkistisch-menschewistische Opposition am Tage der Oktoberrevolution ein schmachliches Fiasko erleiden würde, kam nur ihr allein unerwartet. Der erdrückenden Mehrheit der Parteimitglieder war dies bereits vorher ganz klar, denn davon zeugten in beredter Weise die Abstimmungen in den Parteizellen, in denen bereits zwei Wochen vor der Feier die Vorkongreßdiskussion begonnen hatte.

Als Trotzki im Jahre 1923 zum ersten Male offen in Opposition zur Partei trat und an die Parteimassen appellierte, da leuchtete sein Stern noch so hell, daß es ihm gelang, in der Moskauer Organisation 30 bis 35 Prozent der Stimmen zu erobern. Als Sinowjew und Kamenew im Jahre 1925 gleich nach Trotzki eine Oppositionsstellung zur Partei einnahmen, hatten sie anfangs eine der größten Parteiorganisationen — die Leningrader — hinter sich. Heute, wo sie vor dem Trotzkismus endgültig kapituliert haben, wo sie die menschewistischen Verleumdungen der Partei nachzubeten begonnen haben, wo sie, mit Trotzki an der Spitze, in offenen Aufruhr gegen die Partei treten, haben sie ihre Armee vollkommen verloren. In der soeben vor sich gehenden Parteidiskussion haben bis auf den heutigen Tag, den 13. November, in 2290 Betriebszellen- und 203 Sammelzellenversammlungen für die Linie des Zentralkomitees 270 268 Genossen, für die Opposition 207, d. h. 0,7 Prozent gestimmt! Nur in Moskau, wo die Hauptmasse der Sowjetangestellten und der Studentenschaft konzentriert ist, haben für die Opposition etwa 2 Prozent gestimmt; und nur in den Hochschulen ist es ihnen gelungen, gegen 4 Prozent der Stimmen zu erhalten. Wie wir sehen, steht sowohl in den akademischen wie auch in den Zellen der Sowjetinstitutionen auf der Seite der Opposition nur eine geringfügige Minderheit, doch sind die

Oppositionellen da noch zahlreicher als in den Fabrik- und Betriebszellen, wo sie nur ganz geringe Splittererfolge erzielt haben. Und dieser Umstand ist überaus bedeutsam. Er beweist, daß die trotzkistische Opposition, die sich mit ultralinken Farben drapiert, in Wirklichkeit nur eine neue Variation des Menschewismus darstellt und innerhalb der Partei einen gewissen, wenn auch nur schwachen Widerhall allein unter den ihrer sozialen Lage nach kleinbürgerlichen Elementen findet. Die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus, die durch das ökonomische Wachstum bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion und die Gefahr einer kommenden Intervention haben die Hoffnungen der bürgerlichen Konterrevolution ein übriges Mal beflügelt. Dies spiegelte sich in den Schwankungen innerhalb der KPSU wieder, jedoch nur in einer ganz winzigen Schicht derselben, und zwar vorwiegend in ihren kleinbürgerlich-intellektuellen Kreisen.

Die trotzkistische Opposition hat sich in der begonnenen Vor-Kongreßdiskussion davon überzeugt, daß ihre Sache in der Partei, zumindest für die nächste Periode, hoffnungslos verloren ist; sie hat sich deshalb zu einem Vabanquespiel und zu einem Appell an die „Straße“ sowie an die parteilose Masse gegen die Partei entschlossen. Darin und nur darin liegt der Sinn ihres Versuches, am zehnten Jahrestage der Oktoberrevolution eine Gegen-demonstration zu veranstalten. Aber auch hier harpte ihrer das gleiche Fiasko. Die parteilosen Arbeiter sind ebenso wie die Parteimassen entrüstet über die desorganisierende Tätigkeit der Oppositionellen, die bereits hart am Rande der Konterrevolution, am Rande des offenen Kampfes gegen die Sowjetmacht stehen. Die parteilosen Arbeiter betrachten die Oktoberkundgebung der Oppositionellen als einen glücklicherweise erfolglosen Versuch, die Reihen des Proletariats zu desorganisieren und zu spalten, was das Bestehen der Sowjetmacht selbst gefährdet hätte. Eine Spaltung besteht aber nicht. Die beste Antwort der parteilosen Arbeiter auf diese infame Provokation der außer Rand und Band geratenen Oppositionellen war, daß allein in einer Woche 13 533 fortgeschrittene Arbeiter den Wunsch zum Ausdruck brachten, in die Partei einzutreten; in ihren Aufnahmegesuchen sagen die parteilosen Arbeiter gerade heraus: „Ich gehe in die Leninsche Partei, um ihr zu helfen, mit den spalterischen Oppositionellen fertig zu werden.“

Wie konnte es geschehen, daß Trotzki, Sinowjew und Kamenew, die noch vor zwei bis drei Jahren von einem Arbeiterauditorium mit stürmischen Ovationen empfangen wurden, heute in dem gleichen Auditorium auf eine Wand von Mißtrauen und Entrüstung stoßen? Zeugt dies etwa nicht von der Launenhaftigkeit der „Menge“, die soeben dem Brutus und gleich hinterher mit dem gleichen Enthusiasmus seinem Feinde, dem gewandten Demagogen Antonius applaudierte? So eben wird die Arbeitermasse in der Sowjetunion von den entthronten Führern betrachtet. Nicht umsonst behaupten sie, daß mehr als eine Million von Mitgliedern der KPSU auf ein Zeichen der „Stalinschen Apparatschiki“ wie eine Herde abstimmt. Nicht umsonst behaupten sie heute, daß die Millionendemonstrationen der Oktobertage, die selbst auf die Korrespondenten der bürgerlichen Zeitungen den allerstärksten Eindruck gemacht haben, künstlich inszeniert, „amtliche Demonstrationen“ gewesen seien. Es fehlte nur noch, daß sie erklärten, daß auch der Oktoberumsturz und der Sieg des Proletariats im Bürgerkriege sowie die Wieder-

herstellung der Industrie in der Sowjetunion unter der Knute des ZK der KPSU zustande gekommen seien. In nichts zeigt sich so deutlich die menschewistische Entartung der oppositionellen Führer, ihre vollkommene Entfremdung von der Partei, ihre gänzliche Loslösung von der Arbeiterklasse, wie in dieser niedrigen Verleumdung der Parteimassen.

Die verblendeten und sich selbst vergötternden „Uebermenschen“ haben zum Teil es nie begriffen (Trotzki), zum Teil gründlich vergessen (Sinowjew und Kamenew), welche r a u h e S c h u l e die bolschewistische Partei unter der Führung Iljitschs durchgemacht hat und wie sehr sie in den letzten Jahren gewachsen ist. Lenin erkannte sehr wohl, daß die bolschewistische Partei, die sich die Umwälzung der gesamten Welt zum Ziele gemacht hatte und von unzähligen Feinden umringt war, durch eine eiserne Disziplin zusammengeslossen sein muß. Er lehrte, daß jede Handlung eines Parteiführers sich unter den Augen aller Parteimitglieder vollziehen, daß die geringste Schwankung desselben einer schonungslosen Kritik unterzogen werden müsse, daß die Partei einen Parteiführer, der einen großen Fehler begeht und, auf seine früheren Verdienste spekulierend, die Korrektur dieses Fehlers entsprechend dem Verlangen der Partei ablehnt, ihm den Kopf zu rechtsetzen und, wenn nötig, ihn auch aus der Partei ausschließen muß, daß ein sentimentales Verhalten in solchen Fällen für wahre Revolutionäre beschämend ist, daß ein sentimentales Verhalten in solchen Fällen gleichbedeutend mit einem Verbrechen gegen die Revolution ist. Diese rauhe Schule hat die bolschewistische Partei und das Proletariat durchgemacht, das seiner Partei folgt und ihr Vertrauen entgegenbringt. Dieses Verhalten Iljitschs hat im Herzen und im Hirn des revolutionären Proletariats der Sowjetunion tiefe Wurzeln geschlagen. Eben deshalb haben die Arbeitermassen in der KPSU, die einem jeden Schritt der heutigen Führer der trotzkistischen Opposition aufmerksam gefolgt sind, die die volle Möglichkeit gehabt haben, alle Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Parteiführung kennen zu lernen, denen es vorzüglich bekannt ist, wie diese Führer sich in steigendem Maße von Unglauben und Pessimismus durchsetzen ließen, indem sie in den Sumpf des Menschewismus hinabglitten, — eben deshalb haben die Parteimassen, ohne zu zögern, ihnen die Kränze abgerissen und mit fester Stimme erklärt: entweder vollkommene Unterwerfung unter den Willen der Partei oder fort aus der Partei. Dies ist nicht der Schrei einer gegen die Trotzlisten verhetzten „Menge“, dies ist das rauhe Urteil des klassenbewußten, disziplinierten, revolutionären Proletariats, das niemandem gestattet, mit den Errungenschaften des Oktober zu spielen oder zu scherzen, mögen sich diese Hasardspieler auch einbilden, „Uebermenschen“ zu sein.

Und weiter? Das Zentralkomitee der KPSU hat sich den Mitgliedern der Opposition gegenüber als sparsamer Hausherr gezeigt, der das Parteigut schont, der weiß, daß in einer guten Wirtschaft jeder Bindfaden von Nutzen sein kann. Es hat deshalb in Hinblick darauf, daß viele der Mitglieder der Opposition sich in der Vergangenheit große revolutionäre Verdienste erworben haben, diesen mehr als einmal den Rettungsring in der Hoffnung zugeworfen, daß sie in letzter Minute sich besinnen und begreifen würden, daß sie vor einem Abgrund stehen, und daß sie deshalb zur Partei zurückfinden würden. Gleichzeitig hielt es die Massen der Partei auf dem laufenden dar-

über, was die „ehemaligen Führer“ unternehmen, machte die ganze Partei, bis zur kleinsten Zelle, mit allen Meinungsverschiedenheiten in der Partei bekannt, ohne ihr auch nur das Geringste vorzuenthalten, ja bot ihr selbst die Möglichkeit zur Kenntnisnahme der geheimen Stenogramme des Plenums des Zentralkomitees, was bisher nie geschehen war. Das Zentralkomitee der KPSU hat den Führern der trotzkistisch-menschewistischen Opposition den Rettungsring wiederholt zugeworfen. Die sich selbst vergötternden und durch ihre Fraktionsarbeit verblendeten „Uebermenschen“ haben nach diesem Rettungsring nicht gegriffen, sondern ihre desorganisierende Tätigkeit fortgesetzt. Trotzki und Sinowjew wurden darauf aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Diese organisatorische Maßnahme hat sie jedoch nicht zum Halten gebracht. Im Gegenteil, sie begannen um so wütender gegen die Partei anzukämpfen, gingen hierbei selbst über den Rahmen der Sowjetlegalität hinaus, und dieser, bereits an offene Konterrevolution grenzende Kampf erreichte am Jahrestage der Oktoberrevolution seinen Höhepunkt. Ein Entrüstungssturm ging durch die ganzen Massen der Partei. Diese Stimmung der ungeheuren Mehrheit der Partei widerspiegelnd, stellte das Büro des Moskauer Parteikomitees im ZK der Partei den Antrag auf Ausschluß der Oppositionsführer — Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Smilga und anderer — als Organisatoren einer „zweiten, nichtbolschewistischen, sondern trotzkistisch-menschewistischen Partei“. Der Antrag des Büros des Moskauer Komitees fand in einer Reihe anderer Parteiorganisationen, die diesen Antrag unterstützten, seinen Widerhall. Das Zentralkomitee der Partei warf ihnen wiederum einen Rettungsring zu und traf gleichzeitig energische Maßnahmen, um der verbrecherischen sowjetfeindlichen Tätigkeit der Opposition ein Ende zu machen. Indem es die letzten parteifeindlichen Kundgebungen der Opposition als „mit der Mitgliedschaft in unserer Leninschen Partei absolut unvereinbar“ bezeichnete und der ZKK diese Angelegenheit übergab, beschloß das ZK der KPSU gleichzeitig:

1. Gegen die Versuche der Opposition, die Parteidiskussion über die Grenzen der Partei hinauszutragen, energische Maßnahmen zu treffen.
2. Kundgebungen aller Parteimitglieder vor Nicht-Parteikreisen müssen ausgehen von der Notwendigkeit der Erläuterung und Verteidigung der Parteilinie. Die Oppositionellen, die in nichtparteilichen Versammlungen gegen die Politik der Partei auftreten, sind unverzüglich aus der Partei auszuschließen (gesperrt von uns).
3. Illegale Versammlungen, die von den Oppositionellen einberufen werden, dürfen nicht zugelassen werden und müssen, wenn sie trotz der von den Organisationen getroffenen Maßnahmen doch einberufen werden, mit Hilfe der Parteiorganisationen und der Arbeiter aufgelöst werden (gesperrt von uns).

Dieser Beschluß des ZK war eine letzte Warnung. Die oppositionellen „Führer“ hatten jedoch für sie kein Ohr. Trotz der einmütigen Verurteilung und Entrüstung, mit der die Partei und das Proletariat der sowjetfeindlichen Demonstration der Opposition am Tage des 7. November begegneten, wurde die fraktionelle Wühlarbeit nicht nur nicht unterlassen, sondern mit gesteigerter — wenn dies noch möglich ist — Frechheit und mit Zynismus fortgesetzt. Illegale Versammlungen, parteifeindliche Agitation unter den

Parteilosen —, das ist das letzte Wort der oppositionellen Taktik. Ein längeres Verbleiben der Führer und der Inspiratoren dieses menschewistischen Spiels in der Partei wurde unmöglich. Durch einen Beschluß des ZK und der ZKK wurden Trotzki und Sinowjew, nachdem sie sich von neuem geweigert hatten, ihre Wühlarbeit zu unterlassen und sich den elementarsten Forderungen der Parteidisziplin, der Parteistatuten unterzuordnen, aus der KPSU ausgeschlossen. Gleichzeitig wurden aus dem ZK und aus der ZKK die Genossen Kamenew, Bakajew, Smilga, Rakowski und andere ausgeschlossen, wobei die Frage des möglichen weiteren Verbleibens derselben in der Partei der Entscheidung des 15. Parteitages anheimgestellt wurde.

Die „dritte Kraft“, die anlässlich der fraktionellen Umtriebe der Opposition Schadenfreude empfand und die Hoffnung nährte, daß diese Dinge zu einer Spaltung der Partei und zu einer Desorganisierung der Sowjetherrschaft führen würden, erlebt eine große Ernüchterung. Die bolschewistische Partei und die von dieser geführte Arbeiterklasse haben mit einem eisernen Besen ihren Weg gereinigt und die Sozialrevolutionäre und Menschewiki auf den Misthaufen der Geschichte befördert. An den gleichen Ort werden sie auch die neue trotzkistisch-menschewistische Opposition befördern, die es wagt, der in Kämpfen gestählten Leninschen Partei eine neue Partei gegenüberzustellen. Die bolschewistische Partei der Sowjetunion ist in diesem Augenblick einiger und geschlossener denn je. Es bleibt nur zu wünschen, daß auch die anderen Sektionen der Komintern den Besen in die Hand nehmen und dem Beispiel der KPSU folgen.

JAN VLTAVSKY:

## DIE DELEGATIONEN DER FREUNDE DER SOWJETUNION UND IHR WELTKONGRESS

Die Oktoberfeier war für die russischen Arbeiter und Bauern nicht nur ein äußerlicher Anlaß, ihre Klassen- und Arbeitsgenossen der ganzen Welt zu sich einzuladen; denn zehn Jahre Sowjetmacht, das konnte eben nicht nur ein Jubiläum und ein Fest sein, das mußte zu einem Weltereignis werden, mit dessen Bedeutung sich keine Jubiläumsfeier irgendeines Staates zu messen imstande ist. Der Anlaß der Jubelfeier trat zurück hinter dem Bestreben der russischen Arbeiter und Bauern, ihre Gäste mit der Wahrheit über die Ergebnisse der zehnjährigen Arbeit der Sowjetmacht bekannt zu machen. Wie gewaltig und tief der Eindruck des ungeheueren Aufmarsches der Millionen am 7. November auch sein konnte, wie hoch auch die Wellen der Begeisterung an diesem Tage schlagen mochten — solche Begeisterung kann auf dem Wege von Moskau nach Berlin, nach Paris und London verfliegen. Aber der Eindruck dessen, was die Delegierten aus allen Ländern an sozialistischem Aufbau, an kulturellem Aufstieg in der Sowjetunion zu sehen bekamen, ist dauerhafter. Tatsachen bleiben bestehen, und wer sie

wieder wegzuleugnen versucht, erliegt ihnen nur noch mehr und unterstreicht ihren unaufhaltsamen Sieg. Das wissen die Arbeiter der Sowjetunion, und darum können sie auch ihren Staat, ihr Leben, ihre Arbeit den Arbeitern der ganzen Welt wie ein offenes Buch vorlegen; sie wissen auch, daß sich jedes Jahr diese Tatsachen überwältigender, überzeugender gestalten müssen. Alles das wissen aber auch die Gegner der Sowjetunion, die kapitalistischen Regierungen und die sozialdemokratischen Führer, und deshalb steigt von Jahr zu Jahr ihre Furcht vor den Delegationen nach der Sowjetunion, deshalb steigern sich auch ihre Anstrengungen, diese Delegationen zu verhindern. So sehr die Bourgeoisie und die sozialdemokratischen Führer, im Bewußtsein ihrer geistigen Beeinflussung der Massen, sich noch auf ihre Macht und Kraft im Kampfe gegen die Ideen und Prinzipien der proletarischen Revolution verlassen, so bange ist ihnen vor der gewaltigen Wirkung, die der Gegensatz zwischen den Tatsachen der Entwicklung in den kapitalistischen Ländern einerseits und in der Sowjetunion andererseits auf die arbeitenden Massen ausüben und die sich mit jedem Jahre des erfolgreichen sozialistischen Aufbaues hier und der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krisen dort verstärken muß.

Nicht minder stark und bedeutungsvoll muß der Eindruck der Tatsachen des sozialistischen Aufbaues auf die Kolonialvölker und Halbkolonialvölker sein. Ihnen zeigt er, daß der wirtschaftliche Aufbau in voller Unabhängigkeit von den Imperialisten möglich ist und daß daher das Streben der Bourgeoisie dieser Völker nach einem Kompromiß mit dem Imperialismus nicht, wie sie behauptet, den Notwendigkeiten des ökonomischen Aufbaues, sondern nur den Klasseninteressen der nationalen Bourgeoisie entspringt und die Aufrichtung ihrer Klassenherrschaft, wenn auch nur in der Rolle des Sklavenvogtes des Imperialismus zum Ziele hat. So verstärkt der Anschauungsunterricht der Tatsachen des sozialistischen Aufbaues nicht nur den Kampf der Völker in den Kolonien und Halbkolonien gegen die imperialistische Fremdherrschaft, er beschleunigt auch ihre ideologische und politische Loslösung von ihrer eigenen Bourgeoisie und damit das Aufgehen der nationalen in der sozialen Revolution. Hinzu gesellt sich die belebende Wirkung des verwirklichten Selbstbestimmungsrechtes, der durchgeführten nationalen Autonomie der Völker in der Sowjetunion auf alle unterdrückten Nationen und Nationsteile nicht nur in Asien und Afrika, sondern auch im kapitalistischen Europa,

Die Bedeutung, die die Arbeiter- und Bauerndelegationen nach der Sowjetunion für die revolutionäre Entwicklung in den kapitalistischen Ländern haben, muß richtig eingeschätzt werden. Kein Kommunist wird sich der kindlichen Einbildung hingeben, daß das Proletariat der kapitalistischen Welt sich erheben und den Kampf um die Macht aufnehmen wird, nur weil es den Unterschied zwischen seiner Lage und der seiner Klassengenossen in der Sowjetunion sieht und dieser nachstrebt. Von den objektiven Voraussetzungen einer siegreichen Revolution abgesehen, sind die Erkenntnis der Gefahr des Unterganges als Klasse, die Erkenntnis der Unmöglichkeit, unter dem kapitalistischen Regime und mit den Methoden der bürgerlichen Demokratie bzw. der sozialdemokratischen Politik den Weg der Rettung zu finden, und schließlich das Vertrauen in die eigene Kraft und Fähigkeit, die politische Macht auszuüben und die Wirtschaft zu beherrschen, die subjektiven

ideologischen Voraussetzungen der sozialen Revolution des Proletariats. Aber ebenso wie das Bestehen der Sowjetunion als eines großen Staatswesens mit sozialistischer Wirtschaft die Krise des Kapitalismus verschärft und so das Heranreifen der objektiven Voraussetzungen für die proletarische Revolution in der übrigen Welt beschleunigt, ebenso hilft der Anschauungsunterricht des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion bei der Schaffung der subjektiven Voraussetzungen der Revolution. Dieser Aufbau zeigt den Proletariern der kapitalistischen Staaten, denen die Bourgeoisie die Unmöglichkeit der sozialistischen Wirtschaft überhaupt, die sozialdemokratischen Führer die Verfrühtheit ihres Aufbaues und die Unreife der Arbeiterklasse predigen, daß der Sozialismus möglich, daß die Zeit seines Aufbaues gekommen ist und die arbeitenden Klassen imstande sind, ihn zu vollziehen. Die Verbreitung dieser Erkenntnis in den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen muß den Boden für die Werbetätigkeit der kommunistischen Parteien lockern, denn schließlich muß diese Erkenntnis auch die weitere vorbereiten, daß nur die bolschewistische Methode des proletarischen Klassenkampfes diese gewaltigen Ergebnisse haben konnte. In jeder neuen Krise des Kapitalismus und des bürgerlichen Staatensystems, in jeder neuen Verschärfung der Klassenkämpfe, in jedem großen Kampfe und schließlich in der Zuspitzung des Kampfes bis zum Kampfe um die Macht muß diese vortreffliche Wirkung der Delegationen nach der Sowjetunion ihre Früchte tragen. Da aber jedes Zusammentreffen der Delegationen mit den Arbeitern der Sowjetunion zugleich eine Manifestation für die Gewerkschaftseinheit, für die Einheitsfront im Klassenkampfe ist, müssen die Delegationen auch auf den Tageskampf des Proletariats in den kapitalistischen Staaten belebend, ermutigend und in der Richtung nach der Verwirklichung der revolutionären Einheitsfront des Proletariats wirken.

Außerst wichtig ist die Doppelwirkung der Führung der Arbeiterdelegationen auf das flache Land und der Entsendung von Bauerndelegationen nach der Sowjetunion. Erstens bereiten die Bauerndelegationen und ihre Berichte den Boden für die Agitation auf dem Lande in den kapitalistischen Staaten vor. Zweitens, und das ist vielleicht noch wichtiger, tragen sie dazu bei, die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern auf den Weg zur richtigen Erfassung der Agrarfrage zu bringen und jene menschenwurstige Auffassung dieser Frage zu zerstören, die von Trotzki in dem Satze von der Unvermeidlichkeit des Zusammenstoßes der proletarischen Revolution mit der Bauernschaft in ihrer letzten Konsequenz formuliert wurde. Die Erkenntnis, daß die proletarische Revolution, daß der sozialistische Aufbau nicht in einem Gegensatz zur Masse der Bauernschaft stehen muß, daß das Bündnis mit der Bauernschaft notwendig und möglich ist, wird durch die praktischen Erfahrungen in der Sowjetunion gestärkt, sie wird zur festen Ueberzeugung und so wird die wichtigste Voraussetzung dieses Bündnisses geschaffen.

Die größte und unmittelbarste politische Bedeutung haben aber alle diese Delegationen für die aktuellste, brennendste Frage der Kriegsgefahr, die in allererster Linie die Gefahr des Krieges der kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion ist. Daß es die Aufgabe der kommunistischen Parteien ist, diesen Krieg zu verhindern und im Falle seines Ausbruches die Niederlage

der Feinde der Sowjetunion herbeizuführen, bedarf hier keiner besonderen Erwähnung. Desgleichen brauchen wir auch nicht zu betonen, daß wir uns in der entscheidenden revolutionären Aktion nur auf die kommunistischen Parteien verlassen. Ebenso wenig wie wir von jenen trotzkistischen Helden der bedingten Verteidigung der Sowjetunion eine Unterstützung erwarten, ebensowenig geben wir uns der Illusion hin, daß von den nichtkommunistischen Mitgliedern der Delegationen, die die Sowjetunion besucht haben und noch besuchen werden, jedes ein bis zum letzten Atemzug unerschütterlicher revolutionärer Kämpfer gegen den Krieg sein wird. Aber so wie schon in der Entsendung dieser Delegationen, besonders jener, die gegen das Verbot ihrer sowjetfeindlichen Parteien und Organisationen hierherkommen, eine starke Sympathie breiter, parteiloser und gegnerischen Parteien angehöriger Arbeiter- und Bauernmassen für die Sowjetunion zum Ausdruck kommt, ebenso muß das allgemeine Ergebnis dieser Delegationen eine Verstärkung und Verbreitung dieser Sympathien sein. Es hat in der Geschichte schon Beispiele gegeben, wo mehrere Völker von einer Welle der Sympathie für ein Volk erfaßt wurden. Es sei nur an die Sympathie und Begeisterung erinnert, welche die nationalen Freiheitskämpfe der Polen gegen Rußland, der Griechen gegen die Türkei, der Buren gegen den britischen Imperialismus hervorriefen. Aber das waren auf einen kleinen Teil der Welt beschränkte, rasch verlodernde und praktisch ganz unwirksame Strohfeuer im Vergleich mit der tiefen Sympathie, welche Hunderte von Millionen unterdrückter Arbeiter und Bauern und unterdrückter Nationen des ganzen Erdballes nun schon zehn Jahre lang in immer steigendem Maße den Völkern der Sowjetunion, ihrer Staatsmacht, ihren Kämpfen und ihrer Arbeit entgegenbringen. Es ist dies keine oberflächliche Sympathie, denn sie ist in den realen Klassen- und nationalen Verhältnissen der Sympathisierenden verankert, sie ist mit ihrem Klassen- und nationalen Bewußtsein, mit ihren Zukunftshoffnungen und realen Zielen und Forderungen auf das innigste verbunden. Mit jedem Jahr der kapitalistischen Entwicklung, die zur Verschärfung der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung und zur Vernichtung aller illusionären Hoffnungen auf eine Befreiung ohne Revolution führen muß, mit jedem Jahr des Aufstieges der Sowjetunion muß diese Sympathie wachsen, muß sich ein immer größer werdender Teil derselben zu einem realen, wirksamen Bündnis verdichten. So wird weit über den Kreis der direkt mit den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern sympathisierenden Arbeiter und Bauern hinaus eine Atmosphäre der Massensympathie, der Massenfreundschaft mit der Sowjetunion geschaffen. Diese Sympathie bildet ein schweres Hindernis für die kriegerischen Pläne der Imperialisten gegen die Sowjetunion. Verwirklichen sie aber diese ihre Pläne trotzdem, dann wird diese Sympathie und Freundschaft der Massen mit der Sowjetunion die imperialistische Kriegführung erschweren, den Abwehrkampf der Sowjetmacht unterstützen und der revolutionären Aktion der Kommunisten in den gegen die Sowjetunion Krieg führenden Staaten den Erfolg erleichtern.

In diesem Zusammenhange haben auch die Intellektuellendelegationen ihre Bedeutung, vor deren Ueberschätzung uns nicht nur unsere klassenmäßige, materialistische Auffassung der Rolle der Wissenschaft und der Geisteskultur,

sondern auch die Erfahrung des Klassenkampfes und der Revolution behütet. Die tiefste Ursache der Sympathie der Intellektuellen für die Sowjetunion ist weniger die Erkenntnis, als vielmehr das oft unbewußte Empfinden der für uns selbstverständlichen Wahrheit, daß die Krise des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft auch die Krise und die Zersetzung ihrer Wissenschaft und ihrer Kultur ist. Je näher der Intellektuelle der Masse steht und in der Kultur nicht das Privileg einer Handvoll „erlesener Geister“, sondern ein Lebenselement der Masse erblickt, desto deutlicher muß er das empfinden. Das Hindernis der Entwicklung und Wirksamkeit der Sympathie der Intellektuellen für die Sowjetunion ist der Zweifel daran, daß die auf der materialistischen Weltanschauung fußende Herrschaft des Proletariats imstande sei, Wissenschaft und Kultur zu entwickeln, ja daß das Proletariat auch nur fähig sei, Wirtschaft und Technik zu beherrschen. Hier müssen die Intellektuellendelegationen nach der Sowjetunion durch die bloße Anschauung der Tatsachen immer überzeugender zugunsten der proletarischen Herrschaft wirken. In Anbetracht der gewaltigen Wirkung der bürgerlichen Presse und Literatur auf die Massen der Arbeitenden in den kapitalistischen Staaten darf man diese Wirkung nicht unterschätzen. Hier ist schon die Durchbrechung der Einheitsfront der feindseligen Ablehnung, der bornierten Verständnislosigkeit und der Lüge und Verleumdung von Wert. Auch daß die Reihen der kleinbürgerlichen Schichten in ihrem Glauben an die Gottähnlichkeit des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft, aber auch in ihrem panischen Schreck vor der kommunistischen Hölle schwankend werden, ist nicht ohne Wert.

Die Feier des zehnjährigen Bestandes der Sowjetunion brachte eine Hochflut der verschiedenartigsten Delegationen aus der ganzen Welt. Arbeiter und Bauern, Intellektuelle und Pazifisten, Genossenschaftler und Gewerkschaftler, Vertreter der unterdrückten Völker und Angehörige der verschiedensten politischen Parteilichungen und nichtpolitischen Organisationen aller Länder und Völker trafen in Moskau zusammen und bereisten den größten Teil der Sowjetunion. Den Höhepunkt dieses Zusammenströmens der Rußlanddelegationen bildete der „Kongreß der Freunde der Sowjetunion“, der wohl der bunteste und umfassendste Weltkongreß war, der bisher stattgefunden hat. Bunt nicht nur, weil alle Kontinente und Rassen, alle Länder und Völker auf ihm vertreten waren, sondern weil er auch die größte Buntheit der politischen Anschauungen, der sozialen, gesellschaftlichen und organisatorischen Zugehörigkeit aufwies. Und diese unerhört bunte und verschiedenartige Versammlung von rund 1000 Menschen vereinigte sich in e i n e m politischen Gedanken. Denn schließlich ist die Anerkennung, Sympathie und Freundschaft für die Sowjetunion, ist die Bereitschaft, sie gegen die Angriffe ihrer Feinde in Schutz zu nehmen, ein eminent politischer Gedanke.

Die Grundlage dieses Kongresses, die Voraussetzung, von der er ausging, hat Henri Barbusse richtig gekennzeichnet, als er ihn den „Kongreß der Zeugen“ nannte. Wie ernst und sachlich er dieses Wort prägte, bewies er dadurch, daß er, der Dichter, in der Debatte nicht die hinreißende schöne Rede hielt, die manche nach der schablonenmäßigen Meinung über Dichter und Literaten von ihm erwarten mochten, sondern daß er eine nüchterne,

mit Zahlen gespickte Darstellung der Lage und der Entwicklung der Sowjetunion gab. Das zeugte von der Stärke des Eindruckes, den die Delegationen bei der Besichtigung der Sowjetunion durch die nüchternen, realen Tatsachen empfangen. Das Referat des Genossen Rykow und das zu diesem Referat den Delegierten gegebene Material wurde daher von den Teilnehmern des Kongresses nicht als etwas Neues und Ueberraschendes hingenommen, sondern als eine Zusammenfassung, eine Uebersicht und eine systematische Verarbeitung und Anordnung alles dessen betrachtet, was sie alle selbst mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört hatten. Das Referat Rykows bildete das Resumé der umfangreichen Zeugenaussage, welche die Delegationen in ihrer Gesamtheit vor der ganzen Welt über die Sowjetunion auf dem Kongreß abgelegt haben und in ihren Ländern auch werden ablegen müssen. Diese Zeugenaussage wird die Feinde der Sowjetunion nicht verstummen machen, sie wird ihre Wut und ihre Verleumdung sicher noch steigern, aber sie wird zur Folge haben, daß der Lügenfeldzug der Feinde an Wirkung auf die arbeitenden Massen immer mehr verliert.

Schon die Reden der Delegierten des Kongresses zeigten, daß die vergleichende Betrachtung der Lage der arbeitenden Klassen, der ganzen Staats-, Regierungs- und Wirtschaftsform in der Sowjetunion mit den Verhältnissen in den kapitalistischen Staaten mit logischer Konsequenz auf den Vergleich der taktischen Methoden des Klassenkampfes der Mehrheit des Proletariats bzw. seiner Führung hier und dort nach sich zieht. Diese Frage mußte natürlich auf einem Kongreß, dessen Mehrheit aus Nichtkommunisten und zum guten Teil aus Angehörigen sozialdemokratischer Parteien bestand, die heikelste Frage sein. Die Redner der Komintern und der KPSU, Clara Zetkin und Bucharin, haben diese Frage ganz offen und klar gestellt. Denn wenn auch weder die Komintern, noch die KPSU Veranstalter des Kongresses waren und wenn sie sich auch jeder unmittelbaren Beeinflussung desselben enthielten, so wäre es doch ein Versteckenspiel gewesen, nicht zu sagen, daß die Methode des Klassenkampfes, welche zu den von den Delegierten festgestellten Ergebnissen geführt hat, die Methode der KPSU war und daß die Kommunistische Internationale sich die Aufgabe gestellt hat, diese Methode auch in den übrigen Ländern anzuwenden, um auch dort auf diesem einzig möglichen Wege die arbeitenden Klassen zur Herrschaft zu führen und den Sozialismus aufzubauen. Es war nicht Sache dieses Kongresses, festzustellen, wie weit die nichtkommunistischen Delegierten sich über diese Frage klar geworden sind. Aber die Delegierten, welche auf diesem Kongreß in den beiden Resolutionen die Tatsachen der Ergebnisse der Diktatur des Proletariats und die Notwendigkeit ihrer Verteidigung gegen alle Angriffe der Bourgeoisie festgestellt und ausgesprochen haben, werden in der weiteren inneren und äußeren Verarbeitung ihrer Reise die logische Schlußfolgerung, auch die vergleichende Frage der Methoden zu stellen und zu beantworten, ziehen müssen. In welcher Form sie diese Frage auch stellen und beantworten werden, schon daß sie sich gezwungen sehen, diese Frage wieder aufzuwerfen, wird auf die Massen der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter ihre Wirkung ausüben. Das neue Aufrollen dieser Frage aus einem neuen, so bedeutsamen Anlaß wird, besonders wenn die Kommunisten am richtigen Ort und in der richtigen Weise mit ihrer

Agitation und Propaganda einsetzen, in breiten Massen den Boden für die richtige Beantwortung dieser Frage vorbereiten. Darin kommt eben die Sieghaftigkeit des revolutionären Prinzips der Diktatur des Proletariats zum Ausdruck: daß jedes Aufwerfen der Frage seiner Richtigkeit ihm neue Anhänger gewinnen muß. Weil wir Kommunisten das wissen, sind wir bestrebt, diese Frage immer wieder aufzuwerfen. Aber auch die sozialdemokratischen Führer wissen das und darum setzen sie jedesmal alles daran, um eine neue Diskussion dieser Frage zu verhindern. Deshalb auch ihre wütende Gegnerschaft gegen die Rußlandreisen der Arbeiter. Die sozialdemokratischen Führer wissen so gut wie wir, daß jede neue Welle der Sympathie für die Sowjetunion auch der kommunistischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern neue Sympathien gewinnen muß und daß jedes neue Tausend Freunde der Sowjetunion zumindest einen starken Bruchteil eines Tausend neuer Freunde und Anhänger der kommunistischen Bewegung bedeutet. Die Furcht vor diesem Ergebnis wird die Führer der dem Kommunismus feindlichen Parteien veranlassen, über den angeblichen Mißbrauch zu zetern, der mit den Delegationen getrieben wurde. Unmoralischer Mißbrauch und unzulässige Agitation ist es in den Augen unserer Feinde eben, wenn die russischen Arbeiter und Bauern ihren ausländischen Klassengenossen die Wahrheit zeigen und ihnen ihre Meinung sagen. Das beweist nur, wie unsicher sich unsere Feinde fühlen. Wären sie ihrer Sache sicher, dann würden sie sich nicht mit diesem Geschrei und mit dem Reiseverbot für ihre Anhänger begnügen, sondern die Rußlanddelegationen mit einem Gegenschachzug beantworten: die russischen Arbeiter und Bauern in die Länder ihrer „Demokratie“ einladen, um ihnen zu zeigen, daß es die arbeitenden Klassen dort auf dem Wege der Demokratie weitergebracht haben. Dabei hätten sie ja auch ausreichende Gelegenheit, die Gäste aus der Sowjetunion auch agitatorisch zu bearbeiten. Niemand von uns würde sie daran hindern oder dies auch nur als Mißbrauch oder sonstige unmoralisch bezeichnen. Aber die sozialdemokratischen Führer wehren sich gegen diese Delegationen aus der Sowjetunion und nehmen den russischen Arbeitern und Bauern ihre Neugierde, zu sehen wie es in den Ländern der „Demokratie“ ausschaut, sehr übel.

Das beste Resumé des ganzen Kongresses bilden die beiden Resolutionen. Die Resolution zum Referat des Genossen Rykow ist eine kurze und bündige, aber auch klare Zusammenfassung der Zeugenaussage der Delegierten. Und diese nüchterne, einfache Aufzählung der festgestellten Tatsachen klingt in ein Hoch auf die Sowjetunion aus. Die zweite Resolution ist ein Aufruf an die arbeitenden Klassen und Schichten der ganzen Welt zur Verteidigung der Sowjetunion gegen alle Angriffe des Imperialismus. Sie spricht die Bereitschaft der Delegierten zum Kampfe gegen die Kriegstreiberei der Imperialisten aus. Auch dieser Beschluß ist den Delegierten nicht irgendwie abgelistet worden. Genosse Tomski hat in seinem Referat über die Kriegsgefahr aus den kommunistischen Ansichten über das Wesen der imperialistischen Kriegstreiberei, aber auch aus unserer Beurteilung der Politik der sozialdemokratischen Führer und der Pazifisten in der Kriegsfrage kein Hehl gemacht, so wie die Genossen Rykow, Zetkin und Bucharin die kommunistischen Ansichten über die Diktatur des Proletariats und den sozia-

listischen Aufbau nicht im geringsten verschwiegen haben. Wenn beide Resolutionen trotz dieser bolschewistischen Offenheit, mit der unsere Redner vor die nichtkommunistischen Delegierten hintraten, nicht nur einstimmig, sondern auch mit großer Begeisterung angenommen wurden, so kommt darin die gewaltige überzeugende Kraft zum Ausdruck, welche die Nebeneinanderstellung der Methoden des Leninismus und seiner Ergebnisse, die Prüfung dieser Methoden durch die Tatsachen ihrer Erfolge auf alle arbeitenden Menschen haben muß. Der Jubel der Begeisterung, unter welchem der Weltkongreß der „Freunde der Sowjetunion“ geschlossen wurde, war in einem Punkte weniger, in einem anderen Punkte aber, in der weiteren Perspektive betrachtet, etwas mehr als jene Begeisterung, welche die Oktoberrevolution vor zehn Jahren in der damaligen revolutionären Situation in ganz Europa, auch bei den indifferenten Massen, auslöste. In der jetzigen Epoche der relativen Stabilisierung des Kapitalismus bedeutet diese Begeisterung ein Stück reale, auf Anschauung von Tatsachen gegründete Ueberzeugung von der Richtigkeit des Weges, den die Massen der Arbeitenden in Rußland vor zehn Jahren unter der Führung der Partei Lenins beschritten. Diese Begeisterung der Ueberzeugung wird heute keine revolutionäre Erhebung auslösen, aber wenn sie sich in der nächsten Krise des Kapitalismus, in der nächsten Erschütterung der bürgerlichen Gesellschaft mit dem Erwachen des revolutionären Geistes der Massen vereinigt, dann wird das Ergebnis unter der Führung der Komintern ein anderes sein als in den Jahren 1917—1919. Darin liegt die revolutionäre Bedeutung des „Kongresses der Freunde der Sowjetunion“.

I. T. MURPHY:

DER NEUNTE PARTEITAG  
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI  
GROSSBRITANNIENS

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Großbritanniens trat unmittelbar nach vier anderen wichtigen Kongressen zusammen, nämlich denen der Minderheitsbewegung, der Gewerkschaften, des linken Flügels der Arbeiterpartei und der Arbeiterpartei. Diese zusammen bilden den Hintergrund für unseren Parteitag, indem sie die allgemeinen Bedingungen für die Bewegung der organisierten Arbeiterklasse aufdecken, die fortschreitende Differenzierung innerhalb derselben und den allgemeinen Krisenzustand, innerhalb dessen sie ihre Arbeit zu verrichten hat. Sie zeigten in aller Klarheit den starken Zug der Gewerkschafts- und der Arbeiterparteibürokratie nach rechts und gleichzeitig die wachsende Kluft zwischen dieser Bürokratie und der organisierten Arbeiterschaft. Dies ist das Ergebnis des Generalstreiks und der siebenmonatigen Aussperrung der Bergarbeiter im Jahre 1926. Dem vollkommenen Versagen der Führer der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften bei diesen großen Kämpfen folgte eine Offensive gegen die

Arbeiterschaft auf der ganzen Linie. Der Achtstundentag wurde den Bergarbeitern aufgezwungen, der Gesetzentwurf über die Gewerkschaften zum Gesetz erhoben, die Lebensbedingungen der Erwerbslosen verschlechtert, die Regierung drohte mit einer Machterweiterung des Oberhauses, die Beziehungen zur Sowjetunion wurden abgebrochen usw. Auf all diese Angriffe antwortete die offizielle Arbeiterbewegung mit Versicherungen der „Interessenharmonie“ zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, sie drohte damit, was sie tun werde, wenn ihr die parlamentarische Mehrheit gesichert sei, sie leistete keinen geschlossenen Widerstand, paßte die Gewerkschaften dem neuen Gesetz an, löste das Anglo-Russische Komitee auf, kurz, sie half der Regierung und den Arbeitgebern bei ihrem Werk der Knebelung der Arbeiterklasse. Sie ging in der Tat so vollen Herzens zur Bourgeoisie über, daß sie es sich zur besonderen Aufgabe machte, alle politischen Unterschiede zwischen der Haltung der Arbeiterpartei und der der liberalen Partei auszulöschen und eine wüste Offensive gegen die Minderheit in der Arbeiterbewegung zu führen, die den Widerstand gegenüber der kapitalistischen Offensive forderte, und einen Vernichtungskrieg gegen die Kommunistische Partei zu führen.

Indessen waren die Bürokraten nicht so erfolgreich in bezug auf ihre Ziele gegenüber den revolutionären Elementen wie die Unternehmer in ihrer Offensive. Sie haben im Gegenteil die starke Mißstimmung gegen ihre Führerschaft nicht verhindern können: sie wuchs trotz einer Abnahme der Mitgliederzahl unserer eigenen Partei. Das große Hindernis für einen Erfolg der reaktionären Führer der Arbeiterbewegung bei ihrem Vorgehen gegenüber den revolutionären Elementen ist die Fortdauer und die Verschärfung der Wirtschaftskrisis Großbritanniens. Dies zieht unvermeidlich wachsendes Elend für große Arbeitermassen und eine verstärkte Forderung nach Mitteln zur Abhilfe nach sich.

Der Parteikongreß trat inmitten einer Periode der Depression und des Pessimismus innerhalb der Reihen der Arbeiterklasse zusammen. Seit dem Generalstreik hatten die Gewerkschaftsführer ihr Verlangen nach Taten stets nur durch das offene Bündnis mit den Unternehmern beantwortet. Sie fühlten sich geschlagen, und selbst höchst aktive Elemente außerhalb der Reihen der Kommunistischen Partei und der mit ihr sympathisierenden Revolutionäre setzten ihre Hoffnungen auf den Parlamentarismus und auf eine neue Arbeiterregierung nach den nächsten Wahlen. Die Versammlungen der Fachverbände der Gewerkschaften werden schlecht besucht, der Botschaft der Kommunistischen Partei wird zwar mit höchster Aufmerksamkeit und Sympathie gelauscht, dennoch fühlt man sich hilflos gegenüber dem gemeinsamen Treiben der Regierung, der Unternehmer, der Presse, der Kirche, der Gewerkschafts- und Arbeiterführer, die mitten in dem grausamsten Klassenkrieg, während ihre Organisationen hoffnungslos zerrüttet sind, mit Donnerstimme den „Wirtschaftsfrieden“ verkünden.

Dies war der Hintergrund unseres Parteikongresses, wie er in den unmittelbar vorausgehenden Kongressen und Konferenzen hervortrat. Dem Parteikongreß entgegen mußten tönen und tönten die revolutionären Forderungen der Arbeiterklasse. Er setzte sich selbst der Depressionswelle ent-

gegen und erneuerte sich selbst, um den Widerstand gegen die Angriffe des Kapitalismus zu stärken und den Kampfgeist der Arbeiterbewegung neu zu beleben. In der Tat, diese Aufgabe erfüllte den Parteitag so sehr, daß er es offenbar an der kritischen Prüfung der Arbeit der vergangenen Jahre fehlen ließ. Die politischen und organisatorischen Berichte, die die Verhandlungen der ersten Tage einnahmen, wurden mehr als eine genaue Aufzählung von Ereignissen und Tatsachen denn als Material zur Selbstprüfung der Partei behandelt. Insbesondere war das der Fall bei der Behandlung des politischen Berichtes, der ein gewaltiges Stück Arbeit darstellte. Er handelte von dem Bergarbeiterkampf, dem Angriff auf China, der Regierungsoffensive, der arbeiterfeindlichen Gesetzgebung, vom Bruch mit Rußland und der Kriegsgefahr, vom Ringen der Kolonialvölker und vom Kampf gegen den Reformismus. Auf diesen Rechenschaftsbericht könnte jede Partei stolz sein, und er sollte in der breitesten Öffentlichkeit bekannt werden, aber bei seinem Anhören schwieg die Stimme der Selbstkritik fast gänzlich.

Die Diskussion über den organisatorischen Bericht trug mehr kritischen Charakter, sie untersuchte diese oder jene Unterlassung, die Vernachlässigung der Textilbezirke, die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Bezirke usw. Der Rückgang der Mitgliederzahl wurde hauptsächlich durch objektive Umstände erklärt. Es wurde auseinandergesetzt, daß der Verlust von 3500 Mitgliedern sich fast ausschließlich auf die Bergarbeitergegenden beziehe und daß die Arbeiterschaft dieser Bezirke aufgeopfert wurde, daß Entlassungen, polizeiliche Einschüchterungsmaßnahmen an der Tagesordnung sind und Arbeitslosigkeit und höchste Armut herrschten. Es muß jedoch gesagt werden, daß auch andere Faktoren, die die Partei zu beeinflussen in der Lage ist, in großem Umfange an dem Rückgang der Mitgliederzahl mitgewirkt haben und daß die Diskussion über diese unzulänglich war. Die organisatorischen Erfahrungen der Partei und die Arbeitsmethoden des Parteiapparates wurden keiner sorgfältigen kritischen Prüfung unterzogen. Diese Tatsache kennzeichnet die Diskussion über den Bericht und stempelt sie unweigerlich zu einer lückenhaften. In dessen, die Tatsache, daß die objektiven Bedingungen allein nicht die Ursache des Mitgliederrückgangs sein können, springt sofort in die Augen, wenn der Organisationsbericht selbst darauf hinweist, daß Südwaies einer der bestorganisierten Bezirke ist, obwohl es einer der am schlimmsten betroffenen Kohlenbezirke des Landes ist, wo größte Armut herrscht, massenhafte Entlassungen stattfinden und alle Formen polizeilicher Einschüchterung einen Bestandteil des täglichen Lebens der Arbeitermassen bilden. Nun muß also das, was der Parteitag unterließ, vom Zentralkomitee der Partei unternommen werden. Aus den Reden der Delegierten geht klar hervor, daß ein großer Teil der Parteiarbeit zu mechanisch geschieht, daß die Bezirks- und Ortsorganisationen mehr als Verwaltungsorgane der Zentrale denn als politische Führer des örtlichen Lebens funktionieren, und daß infolgedessen die örtlichen Organisationen mit Schriftstücken, Rundschreiben, Briefen usw. überschwemmt werden, die kein Mensch verdauen kann. Es liegt der Arbeit kein richtiger Plan zugrunde und sie wird nicht genügend den Bedingungen und Umständen angepaßt, unter denen die Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden müssen. Aus den auf der Tagung gehaltenen

Reden sind Mißstände ersichtlich, die dringendste und gründlichste Beachtung verlangen.

Sobald der Parteitag seine Aufmerksamkeit der Frage zuwandte, welches unsere nächsten Aufgaben sind, änderte sich der gesamte Geist der Delegierten, besonders sobald es sich um die Krise im Bergbau handelte. Die Entscheidung der Konferenz der Arbeiterpartei über die Bergarbeiterfrage wurde als die Vorbereitung einer Niederlage gebrandmarkt. Diese Konferenz hatte das Verlangen der Bergarbeiter nach Nationalisierung des Bergbaus verworfen und es in den Bereich der in einer späten Zukunft wünschbaren Dinge verwiesen, hatte ihr Programm den Grenzen des Kohlenkommissionsberichts angepaßt und die Bergarbeiter auf die nächsten allgemeinen Wahlen vertröstet, ohne ein einziges Wort darüber zu sagen, was die Bergarbeiter tun sollten, wenn die Forderung nach weiteren Lohnkürzungen an sie herantreten sollte. Gegenüber diesen Argumentationen ließ der Parteitag den Ruf gegen weitere Lohnkürzungen erschallen und arbeitete einen Aktionsplan zur Verteidigung der Bergarbeiter aus. Von diesem Augenblick an war die Diskussion lebendig und die ganzen Verhandlungen von Begeisterung getragen.

Im Verlauf der Diskussion über die Krise im Bergbau ging der Parteitag dazu über, das Ergebnis der Konferenz der Arbeiterpartei zu untersuchen. Er erklärte, daß die Entscheidungen dieser Konferenz die Arbeiterpartei auf dem Weg zum Liberalismus weitergetrieben und selbst von einer nur formellen Zugehörigkeit zum Sozialismus entfernt hätten. Er stellte fest, daß die Entscheidungen dieser Konferenz als Mittel dienen sollten, die Arbeiterbewegung zu einer Koalition oder zu gegenseitiger Verständigung zwischen den Führern der Liberalen und der Arbeiterpartei bei oder nach den nächsten allgemeinen Wahlen reif zu machen. Er brandmarkte diese Politik als einen ungeheuren Betrug an der Arbeiterklasse und als die Auslieferung der Arbeiterbewegung an die liberalen Führer.

Die Diskussion über die gewerkschaftlichen Probleme war zu begrenzt und zu zerrissen, ebenso wie auch die Diskussion über andere Gegenstände, was hauptsächlich daran lag, daß man versuchte, innerhalb von drei Tagen eine Arbeit zu erledigen, zu der es einer Woche bedurft hätte. Die Diskussion über die Frage des Parlaments brachte weitere wichtige Fragen in bezug auf die kommende allgemeine Wahl zur Sprache, wobei die Hauptfrage war: soll die Partei ihre eigenen Kandidaten gegenüber der Arbeiterpartei genau so wie gegenüber anderen Parteien zur Aufstellung bringen? Bis jetzt hat die Partei nur dann unabhängige Kandidaten aufgestellt, wenn kein rivalisierender Arbeiterkandidat vorhanden war oder wenn sie in den Wahlkonferenzen der Arbeiterorganisationen siegreich geblieben war. Im gegenwärtigen Augenblick unterstützt sie Kandidaten, die die der nationalen Arbeiterpartei eingefügten Arbeiterparteien aufgestellt haben. Der Parteitag stand unter dem Eindruck, daß darüber hinaus etwas geschehen müsse, um solche Führer wie Macdonald, Thomas, Clynes & Co. zu bekämpfen, abgesehen davon, daß er deren formellen Ausschluß von den Wahlkonferenzen verlangte, aber der Kongreß wandte sich gegen jede allzu schnelle Maßnahme, deren Resultat die völlige Isolierung unserer Partei von den Massen sein könnte. Er beschloß, daß abgesehen von dem Kampf in den eingefügten

Arbeiterparteien eigene Kandidaten aufgestellt werden sollten, um diese Führer zu bekämpfen, wo immer eine Massenunterstützung der Arbeiter durch die organisierte Arbeiterbewegung gesichert erscheint. Das Argument, daß die Situation sich vollkommen geändert hat, seit Lenin seine „Kinderkrankheit des Radikalismus“ schrieb, wo er die Hilfeleistung für die Arbeiterpartei im Falle ihrer Machtergreifung als ein Mittel befürwortete, die Reformisten schließlich aus dem Feld zu schlagen, kam bei der Tagung nicht zu Wort. Die Arbeiter geben nicht zu, daß die Macdonald-Regierung des Jahres 1924 ein Prüfstein war. Sie behaupten, die Arbeiterpartei sei damals im Amt und nicht an der Macht gewesen, und solange die Arbeiterpartei im Amt und nicht an der Macht sei, hätten wir kein Urteil darüber, was die Arbeiterpartei wirklich vermag. Diese Ansicht ist allgemein verbreitet und spielt eine beherrschende Rolle unter den Kräften, die am Werk sind, um die bevorstehenden allgemeinen Wahlen vorzubereiten, so daß wir mit ihr rechnen müssen.

Abgesehen von dieser Frage wurde auf dem Parteitag viel über die Wirkungen des Gewerkschaftsgesetzes auf die Arbeiterbewegung gesprochen und viele Fragen wurden erörtert, die die Beziehungen der Gewerkschaften zur Arbeiterpartei und den politischen Beitrag betreffen. Kurz, es wurde allen klar, daß diese Frage in Gemeinschaft mit den Problemen der Minderheitsbewegung und des linken Flügels eine höchst komplizierte und schwierige Reihe von Problemen bildet, die die Partei lösen muß und zu deren wirklicher Diskussion dem Parteitag nur ungenügende Zeit blieb.

Die übrigen Fragen, abgesehen von den bereits aufgezählten, betrafen die Kriegsgefahr, den Kampf gegen den Imperialismus und die Auseinandersetzungen mit dem Trotzismus. Eine wertvolle Diskussion von höchst realem Charakter setzte ein über die Mittel und Wege, die Kriegsgefahr zu bekämpfen. Aber wiederum verhinderte die mangelnde Zeit, daß mehr als ein rein informatorischer Bericht über den Kampf gegen den Imperialismus gegeben werden konnte. In bezug auf die Opposition in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stellte sich der Parteitag einstimmig und begeistert auf die Seite des Zentralkomitees. In der Kommunistischen Partei Großbritanniens gibt es keine Anhänger des Trotzismus, sondern nur ein eindringliches Verlangen, daß die praktisch gegen die Partei gerichtete konterrevolutionäre Tätigkeit zum Stillstand gebracht wird und daß selbst die denkbar strengsten Maßnahmen ergriffen werden sollen, um deren Ende herbeizuführen. Der Parteitag war der Ansicht, daß das Zentralkomitee der KPSU über alles Maß Geduld hat walten lassen und daß die Zeit gekommen sei, die Offensive gegen die Opposition zu ergreifen.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle mehr als ein paar Gesichtspunkte zur Information und ein paar Eindrücke von dem Parteitag zu übermitteln. Aber wir können zuversichtlich behaupten, daß trotz des Rückgangs der Mitgliederzahl und trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, denen unsere Partei zu begeben hat, wir feststellen können, daß der Parteitag bewies, daß unsere Partei die Schwierigkeiten überwinden kann und daß sie ihre Arbeit mit Begeisterung verrichtet. Sie steht heute tatsächlich als die einzige Partei der Arbeiterklasse in Großbritannien da. Alle anderen sind in den Händen der Kapitalisten oder von deren Lakaien.

AQUILA:  
DIE ITALIENISCHE BOURGEOISIE UND  
DER FASCHISMUS

In den letzten Monaten ist in der europäischen sozialdemokratischen und bürgerlichen liberal-demokratischen Presse eine ganze Anzahl Artikel über das faschistische Regime in Italien und sein Verhältnis zur Bourgeoisie erschienen. Das Leitmotiv all dieser Artikel war, daß die italienische Bourgeoisie — über die Ergebnisse des faschistischen Regimes enttäuscht — sich immer mehr vom Faschismus abwende, ja immer eindeutiger und entschiedener Stellung gegen ihn nehme, — und andererseits: daß der Faschismus, der mit der aktiven Hilfe der Bourgeoisie und in ihrer Interessenvertretung zur Regierungsmacht gelangt war, in der letzten Zeit — etwa seit einem Jahre — immer mehr die Interessen der „fortschrittlichen“ industriellen und Finanzbourgeoisie preisgebe und sich auf die „rückschrittlichsten“ Gesellschaftsschichten im Lande — die Agrarier — orientiere. Welches hierbei das Primäre wäre: ob die „Enttäuschung“ der Bourgeoisie über den Faschismus und ihre „Abkehr“ von ihm oder die „Preisgabe“ der Interessen der Bourgeoisie durch den Faschismus und seine „Orientierung“ auf die Agrarier wird in den Artikeln nicht erörtert.

Diese Artikel stammen durchweg aus den Kreisen der emigrierten italienischen sozialdemokratischen Führer, und sie entsprechen — zwar nicht den Tatsachen, wohl aber dem Wunsch ihrer Verfasser und der Linie der sozialdemokratischen Politik: das faschistische Regime durch das „demokratische Regime“ der „fortschrittlichen“ Bourgeoisie (oder: „der fortschrittlichen Teile der Bourgeoisie“, je nachdem) in Koalition mit der Sozialdemokratie „abzulösen“ und für diese politische Linie — die Linie der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie — bei der Bourgeoisie selbst, insbesondere aber unter den Arbeitern Propaganda zu machen.

Tatsache ist, daß die faschistische Regierung — gerade in ihrer Eigenschaft als Vertreterin der Bourgeoisie — im Interesse der Gesamtbourgeoisie im allgemeinen und der Großbourgeoisie im besonderen verschiedene Maßnahmen politischer und insbesondere wirtschaftspolitischer Natur zu treffen genötigt ist, die den unmittelbaren Interessen gewisser Gruppen und Schichten der Bourgeoisie, ja zuweilen sogar den unmittelbaren Interessen der gesamten — oder fast der gesamten — industriellen und Finanzbourgeoisie zuwiderlaufen. Entscheidend ist und bleibt aber die andere Tatsache, nämlich, daß nichtsdestoweniger alle diese Maßnahmen im Interesse der Bourgeoisie selbst getroffen werden und daß sie — mögen sie die unmittelbaren Interessen der gesamten industriellen und Finanzbourgeoisie oder gewisser Schichten oder auch nur einzelner Gruppen von ihnen verletzen — nie solcher Natur sind, daß sie — in der konkreten Situation — auch nur einzelne Schichten oder Gruppen, geschweige denn entschei-

dende Teile oder gar die gesamte Bourgeoisie vom faschistischen Regime loslösen und sie ihm gegenüber stellen könnten.

Um einem eventuellen Mißverständnis vorzubeugen, soll wiederholt werden: in der konkreten Situation. Die charakteristischen Merkmale dieser konkreten Situation sind: einerseits, daß das faschistische Regime heute bereits mit dem kapitalistischen Regime — Bourgeoisie und Agrariern — derart verwachsen, derart offensichtlich identisch ist, daß eine Erschütterung des faschistischen Regimes die Erschütterung des kapitalistischen Regimes schlechthin bedeuten würde, und andererseits, daß das Proletariat — und mit ihm die breiten kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Land, die heute schon ebenfalls dem Faschismus feindlich gegenüberstehen — wohl eine immer fühlbarere Bedrohung für das Regime darstellen, der Prozeß der Erstarkung der revolutionären Kräfte aber heute noch nicht so weit fortgeschritten ist, um die Erschütterung des Regimes — des faschistischen und des kapitalistischen — bei der Bourgeoisie als eine akute oder unmittelbar bevorstehende Gefahr befürchten zu lassen. Damit soll nicht gesagt sein, daß dies nicht morgen schon — d. h. in einer verhältnismäßig nahen Zukunft — der Fall sein könnte, die objektiven Voraussetzungen dafür sind da. Und selbstverständlich, wenn die Gefahr, die seitens des revolutionären Proletariats dem Regime — dem faschistischen und dem kapitalistischen — droht, in eine akute Phase treten wird, dann werden sich gewisse und wahrscheinlich sogar entscheidende Teile der Bourgeoisie, die heute noch durchweg im Faschismus das unter den durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung determinierten Verhältnissen relativ beste, ja einzige Mittel zur Sicherung ihrer Klassenherrschaft sehen, vom Faschismus lossagen und den verzweifelten Versuch unternehmen, mittels der „Demokratie“ — oder besser: durch „eine vorübergehende, aber unumgängliche Periode einer Militärdiktatur“\* die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu retten.

Ein anderer Weg der „Abkehr“ der italienischen Bourgeoisie vom Faschismus und ihrer Rückkehr zu einem „demokratischen“ Regime wäre möglich — rein theoretisch betrachtet —, wenn es der italienischen Bourgeoisie gelingen würde, dem Proletariat oder einem wesentlichen Teil von ihm und natürlich auch den breiten kleinbürgerlichen Schichten eine merkliche Besserung ihrer Wirtschaftslage, die Hebung ihres Lebensniveaus zu sichern. Das erheischt aber Voraussetzungen ökonomischer und imperialistisch-machtpolitischer Natur, die der italienischen Bourgeoisie ganz und gar fehlen. Dem faschistischen Regime hatte ursprünglich, wenn auch in unklarer Form, das fernere Ziel vorgeschwebt, diese Voraussetzungen zu schaffen, um auf ihrer Grundlage sich selbst zu liquidieren. Ohne hier auf

\* „... während welcher alle diejenigen, die sich durch Handlungen oder Äußerungen des Angriffes auf die verfassungsmäßigen und parlamentarischen Einrichtungen schuldig machen, sofort verhaftet und . . . von den Militärgerichten oder zumindest gemäß den Gesetzen des Kriegsrechts abgeurteilt werden müssen.“ — So wörtlich — einschließlich die Hervorhebungen — im Artikel des Ultrademokraten Angelo Crespi in der „Liberta“, dem Pariser Organ der sogenannten „Antifaschistischen Konzentration“ der emigrierten sozialdemokratischen Führer und einiger bürgerlich-demokratischer Emigranten. Der Artikel trägt den Titel: „Was wollen wir?“ — Siehe „Liberta“, Jahrgang I., Nr. 19 vom 4. September 1927.

eine nähere Untersuchung der ökonomischen und imperialistisch-macht-politischen Lage des italienischen Kapitalismus einzugehen, können wir feststellen — und das leugnen auch die sozialdemokratischen Führer nicht, wie übrigens auch nicht die führenden Männer des italienischen Kapitals —, daß das faschistische Regime die italienische Bourgeoisie diesem Ziel nicht nähergebracht hat. Und wenn die italienische Bourgeoisie dessenungeachtet am faschistischen Regime festhält — denn sie tut es! —, so geschieht es aus einem ganz anderen, einem durchweg defensiven Grunde: weil sie eben unter den gegebenen Verhältnissen im Faschismus noch immer das relativ wirksamste, ja einzige Mittel zur politischen Knebelung und wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats — und auch der kleinbürgerlichen Schichten — sieht.

\*

Die Maßnahmen der faschistischen Regierung, von denen hier die Rede ist, lassen sich in drei große Gruppen einteilen:

- a) Maßnahmen, die die unmittelbaren Interessen einzelner Gruppen der Bourgeoisie verletzen;
- b) solche, die die unmittelbaren Interessen gewisser Schichten der Bourgeoisie schädigen;
- c) und solche, die den unmittelbaren Interessen der gesamten — oder fast der gesamten — Bourgeoisie zuwiderlaufen.

Die Grenzen dieser Einteilung können selbstverständlich in der Auswirkung der einzelnen Maßnahmen nicht scharf gezogen werden. Desgleichen ist zu beachten, daß der wirtschaftliche und politische Inhalt der einzelnen Maßnahmen unter den mannigfachsten Gesichtspunkten zu bewerten ist. Am besten werden wir es sehen, wenn wir die wichtigsten der Maßnahmen, auf die sich die erwählten Artikel als „Beweise“ stützen, einer kurzen Betrachtung unterziehen\*.

#### a) Die Stabilisierung und Revalorisierung der Lira

Bezüglich der Stabilisierung der Valuta behaupten die sozialdemokratischen Führer, sie sei eine direkte Maßnahme gegen die Interessen der industriellen Bourgeoisie. Beweis: die gesamte Industrie, insbesondere die Exportindustrie (Textil, Seide usw.) sei durch sie in eine katastrophale Krise gestürzt worden. — Nun, die Dinge verhalten sich etwas komplizierter. Die sukzessive Entwertung der Lira war tatsächlich ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Faktor in der guten Konjunktur der italienischen Industrie in den Jahren 1924/25. Allein, die Entwertung der Lira begann schließlich ein so rapides Tempo anzunehmen, daß es die Bourgeoisie selbst ernstlich beunruhigen mußte. Die italienische Bourgeoisie fühlte sich viel zu schwach, um die politischen Konsequenzen einer totalen Valuta-Entwertung (wie etwa in Deutschland im Jahre 1923) zu riskieren. Dazu kamen andere Erwägungen, wie z. B. die Frage der Auslandsschulden, die Notwendigkeit ausländischer Kapitaleinfuhr sowie die Notwendigkeit einer Beruhigung der durch die Geldentwertung besonders hart getroffenen kleinbürgerlichen Kreise. Die Beruhigung der kleinbürgerlichen Schichten war ein Gebot

\* Vgl. dazu auch den Artikel des Genossen Tasca in „Lo Stato Operaio“, dem wissenschaftlichen Organ der KPI, Nr. 6, August 1927.

für die Bourgeoisie aus einem doppelten Grunde. Aus einem politischen: um nicht diese Schichten in helle Verzweiflung zu treiben; und aus einem wirtschaftlichen: die Spartätigkeit, diese wichtige Kapitalquelle der italienischen Industrie, möglichst wieder zu beleben. Es war also die Bourgeoisie, die, aus einer ganzen Reihe von dringenden Gründen, die Valuta stabilisieren mußte, trotz der unmittelbaren Nachteile der Stabilisierung für sie. Uebrigens: die Stabilisierung der Valuta ist nicht eine Spezialität des faschistischen Italiens: die Bourgeoisie aller anderen europäischen Länder hat ja auch ohne eine faschistische Regierung italienischen Musters die Valuta stabilisiert. Selbstverständlich hat die italienische Industrie — und in mindestens ebenso großem Maße auch die Landwirtschaft — die unmittelbaren Nachteile der Stabilisierung zu spüren bekommen; nichtsdestoweniger war sie eine gebieterische Notwendigkeit für die Bourgeoisie. Gewiß, einzelne Gruppen der Bourgeoisie mußten ganz besonders unter den Folgen der Stabilisierung leiden, vor allem die Exportindustrie, die jedenfalls einige sehr wichtige Zweige der italienischen Industrie umfaßt. Aber weit verfehlt wäre die Annahme, daß diese Gruppen der Bourgeoisie sich deshalb schon vom Faschismus „abgewendet“ hätten, auf den sie aus viel tiefer gehenden Gründen nicht verzichten können. Uebrigens bedeutet die Stabilisierung — und Revalorisierung — der Valuta auch für diese Gruppen der Bourgeoisie nicht nur Nachteile, wie man es im allgemeinen anzunehmen neigt oder glauben machen will. Die italienische Exportindustrie arbeitet durchweg mit ausländischem Rohmaterial, und die Eindeckung bzw. Erneuerung des Bedarfes an Rohmaterial geschieht mit der stabilen Valuta viel vorteilhafter.

Was auf die Stabilisierung der Valuta zutrifft, trifft im großen und ganzen auch auf ihre „Revalorisierung“ zu. Nur daß hierbei der „Wille“ der Regierung eine geringere Rolle spielte als bei der Stabilisierung. Die italienische und die internationale Finanzbourgeoisie nützte nämlich das Aufhalten des weiteren Sinkens der Lira zu einer großen Baisse-Spekulation aus. Einzelne Gruppen der italienischen Bourgeoisie haben horrende Gewinne aus dieser Spekulation herausgeschlagen. Doch mußte schließlich die Regierung — aus ebenso mannigfachen Gründen wie bei der Stabilisierung, die aber alle auf die Wahrung der Interessen der Bourgeoisie als Ganzes und der Industrie im besonderen herauslaufen — mit allen Mitteln eine weitere Aufwärtsbewegung der Lira verhindern, und sie tat es.

Und schließlich noch zwei Bemerkungen.

Erstens: die Stabilisierung und Revalorisierung der Lira spielen eine wichtige Rolle in der gegenwärtigen Krise der italienischen Wirtschaft, die einzigen — oder auch nur die ausschlaggebenden Faktoren der Krise sind sie aber nicht; die tiefsten Ursachen der Krise liegen — was die Industrie anbelangt — darin, daß der Produktionsapparat in den Konjunkturjahren 1924/25 in der Hoffnung auf weitere gute Konjunktur fieberhaft und planlos erweitert wurde (Nettoinvestitionen 1923: 2,0; 1924: 4,8 und 1925: 8,0 Milliarden Lire); und was die Landwirtschaft anbelangt, so liegen auch dort die Ursachen der gegenwärtigen Krise nur bis zu einem Teile in der Valutafrage, zum anderen Teile im Rückgang der Getreidepreise auf dem Weltmarkt, in der Ueberproduktion und im Preissturz gewisser Industrie-

gewächse (Flachs), in den maßlosen Spekulationen der Vorjahre, im Kapitalmangel, im Raubbau und der verschlechterten Qualität (Reis) usw.

Und zweitens: die faschistische Regierung tut alles, um die Folgen der Stabilisierung der Valuta — und der Wirtschaftskrise überhaupt — auf die Schultern der Werktätigen in Stadt und Land, auf die Arbeiter, die armen Bauern und das Kleinbürgertum abzuwälzen. (Steuerpolitik, Zollpolitik, Kreditpolitik, direkte Unterstützung der Industrie usw., vor allem aber Herunterdrückung der Löhne und Gehälter.)

b) Die erzwungene Herabsetzung der Kleinhandelspreise und der Mietzinsen. — Das ist ein Trumpf der sozialdemokratischen „Beweisführung“. In der Tat, in den Sommermonaten 1927 sind die Kleinhandelspreise der wichtigsten Konsumtionsmittel zwangsweise um 5 bis 15 Prozent, und die Mieten um 10—15—20 Prozent herabgesetzt worden. Also — für den oberflächlichen Beobachter — „Maßnahmen gegen die Bourgeoisie“. — In Wirklichkeit verhalten sich die Dinge auch in dieser Frage ganz anders.

Parallel mit der Aufwärtsbewegung der Lira waren die Großhandelspreise seit über einem halben Jahr in stetigem Sinken begriffen. Nicht so die Kleinhandelspreise, die — wie immer in solchen Fällen — erst viel später und auch dann nur sehr zögernd auf das Sinken des Großhandelsindex reagierten. Die Industrie stand vor dem dringenden Problem der „Verbilligung der Produktion“, um die hereingebrochene Krise zu lindern und sie wenigstens auf die lange Bank zu schieben. „Verbilligung der Produktion“ in der Richtung des „geringsten Widerstandes“, d. h. dank dem faschistischen Regime — der Herabsetzung der Löhne. Und Mussolini hat den Auftrag prompt ausgeführt; unter Einsetzung einer gewaltigen Propaganda („im Interesse des Vaterlandes“, „zur Rettung der nationalen Produktion“ usw.) und eines nicht minder gewaltigen politischen und administrativen Druckes hat er die Herabsetzung der Löhne und Gehälter um 15—30 Prozent in wenigen Wochen (Juni—Juli) durchgeführt. Das allein wäre indes nur eine halbe Arbeit gewesen, die bald durch die harte Tatsache der hohen Preise der lebensnotwendigen Konsumtionsmittel paralytisch worden wäre. Außerdem mußte die Bahn für weitere Lohnherabsetzungen freigemacht werden\*. Aus diesem Grunde und um die Erbitterung der durch die Lohnherabsetzung getroffenen industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter zu beschwichtigen, hat also die faschistische Regierung noch einen Schritt gemacht. Kaum waren die Lohnherabsetzungen im großen und ganzen durchgeführt, eröffnete die gesamte faschistische Presse eine neue Kampagne: Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie im Interesse des faschistischen Vaterlandes schwere Opfer zu bringen wissen, jetzt ist die Reihe an der Bourgeoisie! Die Preise (die Kleinhandelspreise und die Mietzinsen) müssen herabgesetzt werden! Und sie sind mit allen Mitteln in wenigen Wochen tatsächlich herabgesetzt worden: die Kleinhandelspreise nominell um 5—15 Prozent, die Mieten um 10—15—20 Prozent. Zwei Hausbesitzer — ein kleiner Hausbesitzer und ein reicherer —, die sich im ersten Augenblick der Ver-

\* Das ist inzwischen auch geschehen: Anfang Oktober hat Mussolini die weitere Herabsetzung der Löhne um 10—20 Prozent angeordnet. (Der vorliegende Artikel wurde im September geschrieben. Anm. d. Red.)

ordnung nicht fügen wollten, sind sogar deportiert worden, wovon die faschistische Propaganda wochenlang lebte.

Bedeutet diese Maßnahme etwa, daß Mussolini und die faschistische Regierung sich gegen die Bourgeoisie wandten? Mit nichten! Im Gegenteil: das Ganze geschah gerade im Interesse der Bourgeoisie! Wie überhaupt diese Maßnahme nur ein krasses Beispiel dafür ist, daß der Faschismus die Akkumulation des Großkapitals durch alle Wege nicht nur auf Kosten der Arbeiter, der armen Bauern und des Kleinbürgertums, sondern zum Teil auch auf Kosten der unteren und mittleren Schichten der Bourgeoisie selbst fördert.

Bewirkt aber diese Maßnahme nicht, daß die dadurch getroffenen Schichten vom Faschismus abfallen und sich gegen ihn wenden? Dazu ist folgendes zu bemerken:

Erstens: Die Handelskreise — vorwiegend Kleinhändler —, die durch die Maßnahme getroffen worden sind, gehören nicht zu den Trägern und zu den Stützen des faschistischen Regimes. Darum hat sie Mussolini auch schon früher, z. B. anlässlich der sogenannten Liktoren-Anleihe, wo er sie zwang, 500 bis 5000 Lire zu zeichnen\*, empfindlich belasten können. Immerhin sind sie — oder große Teile von ihnen — in verschiedener Hinsicht auch Nutznießer des faschistischen Regimes, besonders jene, die mit einem Personal arbeiten, aber auch die kleinen Kaufleute in der Provinz, denen die „roten“ Genossenschaften in den Jahren 1919/22 eine nicht unerhebliche Konkurrenz gemacht hatten. Dazu kommt, daß sie durch die Herabsetzung der Preise bei weitem nicht so hart betroffen werden, wie man es im allgemeinen annimmt. Im schlimmsten Falle könnte die Preisherabsetzung ihre Warenvorräte treffen, die Erneuerung erfolgt ja bei niedrigeren Großhandelspreisen. Aber die Preisherabsetzung trifft auch nicht ihren ganzen Warenvorrat, sondern nur einen Teil davon. Und selbst für diesen Teil gibt es eine Unzahl von Umwegen, um die Preisherabsetzung zu umgehen („ausverkauft“, „Qualitätserhöhung“ usw.), so daß die Herabsetzung der Kleinhandelspreise um 5—15 Prozent mindestens bis zur Hälfte illusorisch ist. Und auch der tatsächlich erlittene Schaden der Kaufleute wurde durch die Herabsetzung ihrer Mieten zu einem Teil rekompensiert.

Zweitens: Was die Hausbesitzer anbelangt, so finden jene von ihnen, die gleichzeitig Industrielle oder Grundbesitzer sind, als solche ihre Kompensation, während jener Teil, der nur Hausbesitzer ist, wirtschaftlich und politisch einen allzu schwachen Faktor repräsentiert. Außerdem muß man berücksichtigen, daß ihnen kein „Unrecht“ widerfahren ist: die sechs- bis achtfachen Vorkriegsmietzinsen sind um 10—20 Prozent herabgesetzt worden, aber jetzt erhalten die Hausbesitzer die Miete in aufgewerteter Lira, so daß sie noch immer nicht „daraufzahlen“. Und schließlich: sie haben auch verschiedene Umwege, die nominelle Mietherabsetzung zumindest bis zu einem Teil illusorisch zu machen (Aufbürdung der Reparaturen auf die Mieter usw.) — Und was die Anlegung neuer Kapitalien im Bau anbelangt,

\* Jeder Kaufmann, der unmittelbar an die Konsumenten verkauft, mußte eine Lizenz lösen oder sein Geschäft wurde gesperrt. Die Taxe ging von 500 Lire für Straßenhändler bis 5000 Lire für die großen Geschäftshäuser.

muß besonders hervorgehoben werden, daß die Maßnahmen der Regierung die Neubauten nicht betreffen.

c) „Orientierung auf die Agrarier“. — Das ist jedenfalls in der ganzen Argumentation der sozialdemokratischen Führer die häufigste. Ihr Hauptbeweis ist: die Erhöhung der Agrarzölle. — Unter „normalen“ Verhältnissen liegt die Erhöhung der Agrarzölle tatsächlich nicht im Interesse der Bourgeoisie; Agrarzölle laufen sogar ihren Interessen zuwider. Aber auch diese Frage darf nicht so simplizistisch betrachtet werden. — Ein Hinweis auf ausländische Beispiele (z. B. Deutschland, wo die Bürgerblockregierung die Agrarzölle erhöht hat) erübrigt sich, wenn wir uns vor Augen halten, daß in Italien der Finanzminister Graf Volpi, also einer der prominentesten Vertreter und Vertrauensmann der industriellen Großbourgeoisie und der Hochfinanz in der Mussolini-Regierung, es war, der die Agrarzölle erhöht hat; er hat sogar mit der Erhöhung der Agrarzölle seine ministerielle Tätigkeit begonnen (im Januar 1925). Diese Tatsache allein müßte schon zu denken geben.

In der Tat, was ist die Bedeutung und der politische Inhalt der Erhöhung der Agrarzölle und all der Maßnahmen, die die faschistische Regierung zugunsten der Agrarier und der Großbauern bis jetzt getroffen hat und auch weiter trifft? Die Antwort auf diese Frage ist gar nicht so schwer:

Der Sieg des Faschismus ist — in historischer Perspektive — die Vollendung der bürgerlichen Revolution in Italien, und zwar die Vollendung der bürgerlichen Revolution in der Epoche der proletarischen Revolution. Diese doppelte Tatsache — die Vollendung der bürgerlichen Revolution und ihre Vollendung in der Epoche der proletarischen Revolution — ist bestimmend für die weitere Gestaltung des Verhältnisses der siegreichen Bourgeoisie zu ihrem historisch besiegten Gegner, „den alten Herren des Landes“, wie Mussolini sagte. Der historisch besiegte — und folglich nicht mehr „gefährliche“ — Gegner von gestern konnte und mußte zum Verbündeten von heute gemacht werden, um den Kampf gegen den — gemeinsamen — Hauptfeind, gegen das Proletariat und seine Verbündeten um so energischer aufnehmen zu können. Deshalb die Konzessionen an die Agrarier und die Großbauern (sowie auch an die engste Verbündete der Agrarier von gestern im Kampf gegen die Bourgeoisie: die Kirche).

Es handelt sich also hierbei um **Konzessionen**, die die Bourgeoisie und für sie die faschistische Regierung im Interesse der Bourgeoisie an die Agrarier zu machen genötigt ist, nicht aber um eine „Orientierung auf die Agrarier“ im Sinne einer Loslösung der faschistischen Regierung von der Bourgeoisie. Die „Orientierung auf die Agrarier“ schließt die Vertretung der Bourgeoisie durch die faschistische Regierung, deren Regierung sie ist, nicht aus, im Gegenteil, sie schließt sie ein.

Und daß es sich hierbei nur in diesem Sinne um eine „Orientierung auf die Agrarier“ handelt, das zeigt in unwiderlegbarer Weise die Praxis. Die Agrarzölle sind vor zwei Jahren erhöht worden; aber die Industriezölle wurden in den letzten zwei Jahren noch viel beträchtlicher als die Agrarzölle erhöht! Das ganze neue italienische Zollsystem ist für die Industrie weit günstiger als für die Landwirtschaft; und die Bevorzugung der Industrie kommt auch in allen von der faschistischen Regierung abgeschlossenen

Handelsverträgen kraß zum Ausdruck. Aber nicht nur darin, sondern ebenso oder vielleicht noch mehr auch in der gesamten Steuerpolitik sowie vor allem in der Kreditpolitik der Regierung, die in der jetzigen Krise der Industrie und der noch schwereren Krise der Landwirtschaft eine ganz besondere Wichtigkeit bekommt\*.

Ebenso wie an diesen Beispielen, die wir nur aufführten, weil sie vielleicht die wichtigsten und die strittigsten sind, auf die sich die Beweisführung der erwähnten Artikel hauptsächlich stützt, könnte an jeder beliebigen Maßnahme der faschistischen Regierung klar erwiesen werden, daß sie immer und ausschließlich aus den Erwägungen und im Interesse der Bourgeoisie getroffen werden, auch dann, wenn sie unmittelbare Interessen der Bourgeoisie selbst verletzen.

Eines ist richtig: in der Verteilung der Lasten und der Gewährung von Erleichterungen innerhalb der Landwirtschaft werden die Agrarier und die Großbauern in jeder Hinsicht in weitestem Maße auf Kosten der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Klein- und Mittelbauern und der Kleinpächter bevorzugt. Aber zwischen Industrie und Finanz einerseits und Landwirtschaft andererseits zeigt die Bilanz der Verteilung der Lasten und der Gewährung von Erleichterungen eine so eindeutige und offensichtliche Bevorzugung der industriellen und Finanzbourgeoisie, daß sie wirklich nur von trotlosem Kretinismus verkannt oder von sozialdemokratischer Ungeduld nach Koalitionspolitik geleugnet werden kann.

\*

Konkludierend können wir die hier aufgeworfenen Probleme kurz mit folgender Betrachtung klären:

Unmittelbar vor und zur Zeit der Uebernahme der Staatsmacht war der Faschismus — aus Gründen, auf die wir hier nicht näher eingehen müssen — eine Massenbewegung im wahrsten Sinne des Wortes. Seine Gefolgschaft reichte bis tief in die proletarischen Reihen hinein. Mit dem Tage der Uebernahme der Staatsmacht begann aber der Prozeß der Einschränkung seiner sozialen Basis. Und dieser Prozeß ging um so unaufhaltsamer vor sich, je konsequenter und offensichtlicher die faschistische Regierung die Politik der Bourgeoisie — und speziell der Großbourgeoisie — durchführen mußte. Die proletarischen, bäuerlichen und städtischen kleinbürgerlichen Schichten, die einst Träger der so mächtigen faschistischen Massenbewegung waren, sind schon längst vom Faschismus abgefallen, und wenn sie auch zum überwiegenden Teile heute noch eine mehr oder weniger formlose Masse der Erbitterung gegen das faschistische Regime darstellen, so ist es doch — besonders im letzten Jahre — unverkennbar, daß sie sich immer mehr hinter dem revolutionären Proletariat und seiner Vorhut, der Kommunistischen Partei sowie den von den Kommunisten reorganisierten illegalen freien Gewerkschaften sammeln.

---

\* In diesem Zusammenhang kann auch erwähnt werden, daß Mussolini nicht nur die Unabhängigkeit der Notenbanken von Neapel und Palermo, in denen sich noch die Agrarinteressen geltend gemacht hatten, aufgehoben und sie in die Banca d'Italia eingereiht, sondern auch alle Kreditinstitute des Landes (die zahlreichen Provinzialbanken und Casse Rurali) unter die direkte Kontrolle der Banca d'Italia gestellt hat.

Dieser Prozeß war unabwendbar, denn der Faschismus ist eine aus besonderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen hervorgegangene spezifische Form der Aufrichtung der unumschränkten Diktatur der italienischen Bourgeoisie zur Reorganisierung und Festigung ihrer Wirtschaft auf Grund nicht nur einer forcierten Ausbeutung des gewaltsam niedergeknüppelten Proletariats, sondern auch der geknebelten kleinbürgerlichen Schichten. Die Bourgeoisie und die faschistische Regierung haben eine Zeitlang versucht, diese Tatsache vor den großen Massen zu verschleiern. Die ökonomischen Notwendigkeiten des Kapitals waren aber stärker, und sie zwangen das faschistische Regime, sich immer mehr als die Diktatur des Kapitals zu enthüllen.

Die Zusammenschrumpfung der sozialen Basis des Faschismus und die immer akzentuierter gewordene Erbitterung breiter Schichten, die einst die Träger der faschistischen Massenbewegung waren, gegen das faschistische Regime, zwangen die Bourgeoisie und ihre faschistische Regierung, in den Besitzenden auf dem flachen Lande Verbündete zu suchen, beziehungsweise sie, die ja von Anfang an aktiv an der Seite des Faschismus standen, als Verbündete zu erhalten. Daher die „Orientierung auf die Agrarier“ und auf die Großbauern, „Orientierung“ im weiter oben ausgeführten Sinne, d. h. in der Form von Konzessionen und vor allem in der Auslieferung des landwirtschaftlichen Proletariats, der armen Bauern und der Kleinpächter an die Agrarier und die Großbauern.

Damit ist der Faschismus — historisch: die Diktatur der Bourgeoisie — die diktatorische Herrschaft aller Besitzenden in Stadt und Land geworden.

Andererseits hat dieser Vorgang die Spaltung der gesamten Bevölkerung in zwei große Lager — ins Lager der herrschenden Besitzenden und ins Lager der unterdrückten Ausgebeuteten — beschleunigt und vertieft; und er hat die Erkenntnis der unterdrückten und ausgebeuteten Massen, im Faschismus die Diktatur des Kapitals zu sehen, gefördert. Faschistisches Regime und kapitalistisches Regime sind in der Erkenntnis der Massen identisch geworden. Diese Erkenntnis kann heute in Italien eine allgemeine genannt werden. Die politische Tragweite dieser Erkenntnis ist in jeder Hinsicht eine sehr bedeutende, für das Verhältnis gewisser Schichten der Bourgeoisie zum faschistischen Regime sogar eine entscheidende.

Denn das faschistische Regime ist nicht nur die Diktatur der Bourgeoisie. Das ist es im allgemeinen — während es im besonderen die Diktatur der Großbourgeoisie ist. Die gesamte Praxis des bald fünfjährigen faschistischen Regimes ist folglich nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß sie die Akkumulation des Kapitals mittels einer maßlos gesteigerten Ausbeutung des Proletariats und des Kleinbürgertums sichert; wie ein roter Faden zieht gleichzeitig durch diese Praxis die Förderung der Konzentration des Kapitals und die Akkumulation speziell des Großkapitals auch auf Kosten der unteren und mittleren Schichten der Bourgeoisie selbst.

In dieser Tatsache liegt ein Kern objektiver Grundlage für die anfangs gesehene Schlußfolgerungen der sozialdemokratischen Politik. Nichtsdestoweniger sind diese Schlußfolgerungen in der konkreten Situation falsch. Auf das Verhältnis der unteren und mittleren Schichten der Bourgeoisie kann die Tatsache, daß der Faschismus die Akkumulation des Großkapitals

auch auf ihre Kosten fördert, selbstverständlich nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die Grenze dieser Konsequenzen ist aber durch die andere Tatsache gezogen, daß das faschistische Regime — aus den ökonomischen und politischen Gründen, auf die wir weiter oben hingewiesen haben — nicht nur objektiv, sondern bereits auch in der Erkenntnis der Massen mit dem kapitalistischen Regime schlechthin identisch geworden ist. Dadurch, daß der Faschismus die Akkumulation des Großkapitals auch auf Kosten der unteren und mittleren Schichten der Bourgeoisie fördert, hat er nicht aufgehört, die Diktatur der Bourgeoisie als Ganzes zu sein; und an der gesteigerten Ausbeutung des Proletariats und des Kleinbürgertums ist — trotz der Differenzierung innerhalb der Bourgeoisie — die gesamte Bourgeoisie interessiert. Und sie ist — als Klasse — an der Aufrechterhaltung der faschistischen Form ihrer Herrschaft um so mehr interessiert, als diese ihr nicht bloß die „relativ“ größte Ausbeutung des Proletariats und der kleinbürgerlichen Schichten bietet, sondern — kraft der ökonomischen, sozialen und politischen Ursachen, die vor fünf Jahren zum faschistischen Regime geführt und während der fünf Jahre faschistischer Diktatur weiter gewirkt und sich sogar weiter verschärft haben — die e i n z i g e Form der Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft geworden ist. Mit anderen Worten: eine Erschütterung des faschistischen Regimes würde heute die Erschütterung des kapitalistischen Regimes schlechthin bedeuten.

Weiter oben haben wir darauf hingewiesen, daß dies natürlich noch nicht ausschließt, daß im Falle einer akuten Erschütterung des faschistischen — und mit ihm des kapitalistischen — Regimes diese Schichten der Bourgeoisie, und nicht nur sie, sich vom Faschismus „loslösen“ und durch „Demokratie“ die Rettung der kapitalistischen Ordnung versuchen werden. Um nun ein letztes eventuelles Mißverständnis aus dem Wege zu räumen, müssen wir noch mit besonderem Nachdruck hinzufügen: Die Erschütterung des faschistischen Regimes bedeutet die Erschütterung des kapitalistischen Regimes in Italien, daraus folgt aber noch nicht, daß der Zusammenbruch des Faschismus eo ipso auch den Zusammenbruch des Kapitalismus bedeuten würde.

Und an diesem Punkte offenbart sich der konterrevolutionäre Charakter der sozialdemokratischen politischen Linie, die keineswegs ein bloßer „Fehl-schluß“, keineswegs eine bloße „Illusion“ ist.

Faschismus und Kapitalismus sind heute in der Erkenntnis des Proletariats und auch breiter kleinbürgerlicher Schichten identisch. Diese Erkenntnis ist aber keine ein für allemal feststehende Größe. Weder in einem gegebenen Zeitpunkt, noch im Laufe der Zeit. Sie ist auch heute bei einem Teil des Proletariats — und auch der kleinbürgerlichen Schichten — fester, bewußter; bei anderen — mit einer ganzen Skala von Abstufungen — weniger fest und bewußt. Noch um so größeren Schwankungen — Erstarkung und Abschwächung — ist sie in der Entwicklung der Ereignisse ausgesetzt.

Die Politik der Sozialdemokraten ist bewußt auf die Abschwächung dieser Erkenntnis gerichtet und ist folglich doppelt konterrevolutionär: sie ist nicht nur darauf gerichtet, beim Zusammenbruch des faschistischen Regimes doch noch die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu retten; sie würde auch,

sollte sie im italienischen Proletariat „Erfolg“ haben, direkt das Leben des faschistischen Regimes verlängern.

In der Tat, würde die sozialdemokratische Propaganda für die „fortschrittliche“ Bourgeoisie und für eine Koalition mit ihr das italienische Proletariat erreichen\* und den Prozeß der revolutionären Entwicklung hemmen können, so würde sie folgerichtig nur die Dauer des faschistischen Regimes verlängern, da, wie wir es gesehen, die Bourgeoisie oder Teile der Bourgeoisie sich erst dann vom Faschismus „loslösen“ werden, wenn die Entwicklung der Revolution mit dem faschistischen Regime zugleich die kapitalistische Ordnung unmittelbar gefährden wird. — Das ist immerhin die relativ kleinere der Gefahren, die der Revolution in Italien seitens der Sozialdemokratie drohen, da heute die Propaganda der sozialdemokratischen Führer die italienischen proletarischen Massen nicht erreicht.

Viel größer ist die andere Gefahr: die Gefahr, daß die sozialdemokratische Propaganda und Politik im Augenblick der akuten Erschütterung des faschistischen — und kapitalistischen — Regimes, wo die Bourgeoisie oder Teile der Bourgeoisie sich vom Faschismus „loszulösen“ und — in Koalition mit den sozialdemokratischen Führern — durch die „Demokratie“ die Rettung der kapitalistischen Ordnung versuchen werden, „Erfolge“ unter den Massen in Italien haben könnte. Diese Gefahr ist deshalb so groß, weil der ideologische Klärungsprozeß der Massen — nicht nur der kleinbürgerlichen, sondern auch proletarischer Schichten — nicht einheitlich ist. Und während faschistisches Regime und kapitalistisches Regime in der Erkenntnis der Massen heute, wo — bis auf einige vereinzelte entwurzelte bürgerliche Politiker und einige Ideologen des Liberalismus — die gesamte Bourgeoisie zum faschistischen Lager zählt, identisch sind, könnte die Spaltung zwischen Faschismus und Bourgeoisie im Augenblick der Erschütterung des Regimes im ideologischen Klärungsprozeß der Massen große Rückschläge und Verwirrung verursachen, insbesondere unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Propaganda, die in diesem Augenblick „mit frischer Kraft“ und mit der weitgehendsten Unterstützung der Bourgeoisie wieder einsetzen wird. Und man darf auch nicht für einen Augenblick vergessen, daß zwar die beiden sozialdemokratischen Parteien — Maximalisten und Turatianer, und mit ihnen die Parteien der Republikaner, der Popolari und der bürgerlichen Demokraten — seit fast einem Jahre gänzlich aus dem Lande verschwunden sind und keine organisatorische Verbindung mit den Massen in Italien haben, und daß zwar die Arbeiter und Bauern heute ohne Unterschied ihrer früheren Parteizugehörigkeit willig mit der Kommunistischen Partei und mit den von den Kommunisten organisierten freien Gewerkschaften zusammen und unter ihrer Führung arbeiten, daß aber dies noch nicht so viel bedeutet, daß die kleinbürgerlich-pazifistisch-sozialdemokratischen Illusionen und Ideologien der Massen bereits liquidiert wären.

Die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei Italiens, die die ökonomische

---

\* Das ist nicht der Fall, da die emigrierten sozialdemokratischen Führer jede Verbindung mit den Arbeitern in Italien verloren haben. Eine sozialdemokratische Partei oder irgendwelche sozialdemokratische Organisationen oder Presse gibt es in Italien heute nicht.

mischen und politischen Zusammenhänge des faschistischen Regimes richtig erkannt hat, ist, im unter ihrer Leitung zunehmenden praktischen Tageskampf die noch vorhandenen Reste dieser kleinbürgerlich-pazifistisch-sozialdemokratischen Ideologien und Illusionen der Massen zu liquidieren. Das — aber nur das — wird auch die letzten Anstrengungen der sozialdemokratischen Führer zur Rettung des Kapitalismus vereiteln.

OTTO REICHENBERGER:  
DIE DEUTSCHE FRAGE UND DER  
ANSCHLUSS OESTERREICHS

Die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland wird immer wieder aufgeworfen, und nach dem Juliaufstand des Wiener Proletariats ist die Diskussion über diese Frage wieder lebhafter geworden. In dieser Diskussion wird besonders von deutsch-bürgerlicher und sozialdemokratischer Seite der Zusammenhang dieser Frage mit der deutschen Frage überhaupt geflissentlich vermieden. Denn die deutsche Frage, das ist die Frage der staatlichen Zusammenfassung des gesamten deutschen Volkes in einem Staate und die Frage der wirklichen Einheit dieses Staates. Die Perspektive der Lösung dieser Frage aber sieht in Anbetracht nicht nur des Versailler Friedensdiktates, sondern auch der deutschen Kleinstaaterei allzusehr nach Revolution aus. Die bürgerliche und sozialdemokratische Anschlußbewegung ist ein Mittel, von dieser revolutionären Perspektive abzulenken und die Lösung der deutschen Frage in völkerbund-legale Bahn zu lenken, damit sich die Entwicklung und Erstarkung des deutschen Imperialismus ungestört vollziehe. Dieser und nicht die Revolution soll dann die deutsche Frage nach seiner Art lösen. Unsere Aufgabe muß infolgedessen gerade darin bestehen, die Anschlußfrage aus dieser künstlichen Isolierung herauszubringen und sie im Lichte der gesamten deutschen Frage zu überprüfen.

Der neue deutsche Imperialismus

Die deutsche Bourgeoisie ist nach dem Weltkrieg trotz militärischer Niederlage, Versailles und Saint-Germain und auch in der Zeit, wo Deutschland sich in der Situation eines national unterdrückten Landes befand, imperialistisch geblieben, obwohl sie damals keine Möglichkeit hatte, imperialistische Politik zu treiben. Im Zeitalter des Imperialismus trägt auch die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen den Keim des Imperialismus in sich, und wenn sie die Führung im nationalen Befreiungskampfe behält, endet derselbe schließlich mit dem Uebergang der Bourgeoisie ins imperialistische Lager, ob nun in der Form, daß bei einem vollkommenen Siege die Bourgeoisie der so „befreiten“ Nation ein selbständiger imperialistischer Machtfaktor wird, oder, wenn dieser Sieg nicht gelingt, mit dem fremden Imperialismus ihr Kompromiß schließt. Die deutsche Bourgeoisie aber hatte sich ja schon auf der Höhe des Imperialismus befunden; um so weniger konnte das

Ziel ihrer Politik die nationale Befreiung des deutschen Volkes sein. Hier handelte es sich darum, ihre imperialistische Geltung wiederzuerlangen. Dazu brauchte sie vor allem die Niederwerfung des revolutionären Proletariats, die wirtschaftliche und politische Stabilisierung und die Wiederaufnahme der Akkumulation. Sie konnte keinen nationalen Befreiungskrieg propagieren, nicht nur, weil sie allein wirtschaftlich und politisch zu schwach war und noch ist, um ihn zu führen, sondern auch deshalb, weil in der Periode nach dem Weltkrieg ein neuer Krieg in Europa für alle kapitalistischen Mächte ein Sprung ins Dunkle ist. Ohne deshalb selbstverständlich den Gedanken des Krieges, auf den sie sich ja fieberhaft vorbereitet, aufzugeben, schlug die deutsche Bourgeoisie den Weg der schrittweisen friedlichen Eroberung der Positionen auf dem Wege zur Wiederherstellung des deutschen Imperialismus ein. Für die deutsche Bourgeoisie handelt es sich nicht darum, die nationale Schande der fremden Militärbesatzung links des Rheins, der Eskamotage des Saarreviers und der Besetzung des Korridors, Danzigs und des Memellandes zu beseitigen, ihr ist heute wie seinerzeit dem Preußenkönig, die Besetzung polnischer Gebiete, das imperialistische Vordringen nach dem Osten wichtiger, und sie ist bereit, nach königlich-preußischem Vorbild von 1848 dafür auch in den Fragen des Rheinlandes gegenüber Frankreich nachgiebiger zu sein. Die Geschichte wiederholt sich. In dem Wochenblatt „Der Deutschespiegel“ finden wir in der Nummer vom 16. September einen von A. Heinrichsbauer unterzeichneten Artikel „Grundsätzliches zu den politischen Zuständen und Entwicklungsmöglichkeiten in Deutschland“. Der Verfasser wendet sich dagegen, daß man auf die Rheinlandbesetzung allzu großes Gewicht lege, und schreibt:

„Die bisher im Westen vergeblich verschwendete außenpolitische Aktivität ist auf den Osten zu konzentrieren. Im Osten handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Durchführung des englischen Planes, Polen einschließlich Ukraine und Korridor als europäische Großmacht und als Vorkämpfer englischer Interessen auf dem Kontinent (nämlich Rußland) zu konsolidieren. Eine Verwirklichung dieses Projektes wäre für Deutschland nicht nur gleichbedeutend mit ewigem Verzicht auf Wiedererlangung des Länderraumes im Osten, sondern vor allem auch mit einem endgültigen Scheitern der mittel- und osteuropäischen Mission Deutschlands, die sowohl in Osteuropa bis nach Asien hinein, als auch in Oesterreich und auf dem Balkan gegen eine Großmacht Polen niemals durchzuführen ist.“

Was ist dem deutschen Imperialismus das Häuflein Deutscher, die im Korridor, in Danzig und im Memelland unter Fremdherrschaft geraten sind, gegenüber ihren Plänen, die bis an den Ural und den Kaukasus und bis nach Kleinasien gerichtet sind! Um dieser Pläne willen nehmen die deutschen Imperialisten auch einige Divisionen französischer Besatzung links des Rheins in Kauf.

Mit dieser Politik sind selbstverständlich auch die Exponenten des deutschen Imperialismus in den unter Fremdherrschaft stehenden deutschen Gebieten einverstanden und sie unterordnen ihr ihre Politik. Deutlich geht das aus einem Aufsatz des deutschnationalen Abgeordneten des tschechoslowakischen Parlaments, F. Kober, „Die Not der Sudetendeutschen“ hervor, der in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ als Leitartikel erschien. Der Verfasser lehnt den „Streit um Worte“, wie Selbstbestimmungsrecht, Selbstverwaltung, Aktivismus und Negativismus ab und schreibt kurz und bündig:

„Daran, auf Prag zu verzichten, denkt heute kaum ein einziger scharfblickender Deutscher.“ (Rückübersetzt aus einem Zitat im Prager „Narod“.)

Dahinter steckt nicht, wie die tschechisch-nationale Presse ihren Lesern geflissentlich einreden möchte (denn diese plumpe Auslegung eignet sich natürlich gut zur Alarmierung des tschechischen Nationalismus), die Absicht bzw. das Verlangen, ganz Böhmen zu einer Provinz des Deutschen Reiches zu machen. Die Politik des deutschen Imperialismus ist von seinem Gesichtspunkt viel schlauer. Gelingt es einmal, den Anschluß Oesterreichs durchzusetzen, dann kommt die Tschechoslowakei sowieso vollständig unter den ökonomischen und politischen Einfluß des deutschen Imperialismus, dem sie sich auch heute schon nicht mehr entziehen kann. Die Ausbreitung des deutschen Kapitals in der Tschechoslowakei, dessen gesamte Elektrizitätsindustrie in reichsdeutschen Händen ist, und die Besetzung zweier wichtiger Ministerien durch Deutsche zeigen das mit aller Deutlichkeit. Welchen Vorteil brächte dem deutschen Imperialismus die Einverleibung auch nur der von Deutschen bewohnten Teile der Sudetenländer und die Aufrichtung einer unmittelbaren Fremdherrschaft über die 6 Millionen Tschechen, welche unter den imperialistischen Verhältnissen die Folge dieses Schrittes sein müßte? Da ist die indirekte imperialistische Beherrschung dieses ganzen Gebietes für den deutschen Kapitalismus viel bequemer und vorteilhafter. Sie hätte eine starke Stütze in der wirtschaftlich kräftigen deutschen Bourgeoisie der Sudetenländer und eine viel sicherere Grundlage in einem Kompromiß mit der tschechischen Bourgeoisie, die durch ihren Ausgleich mit der sudetendeutschen Bourgeoisie und ihre Toleranz gegenüber den Expansionstendenzen des deutschen Kapitals in der Tschechoslowakei, die freilich von ihrer außenpolitischen Schwäche diktiert ist, bewiesen hat, daß sie zu einem solchen Kompromiß mit dem deutschen Imperialismus bereit ist, wenn derselbe dem tschechischen Finanzkapital die gleichen Profite bringt wie das Bündnis mit der Ententebourgeoisie und für dieses Kompromiß eine politische Form gefunden wird, die seine Durchführung der Nation erträglich macht bzw. dem kleinbürgerlichen Nationalismus der Tschechen einen genügenden Spielraum bietet. Das Verhältnis der reichsdeutschen Bourgeoisie zur deutschen Bourgeoisie des alten Oesterreichs und die Bereitwilligkeit, mit der sich die tschechische Bourgeoisie vor 1914 mit dem damals in Oesterreich gegebenen Zustande schon abgefunden hatte, ergeben eine geschichtliche Parallele zu einer solchen Politik der heutigen deutschen und tschechischen Bourgeoisie.

### Die Anschlußfrage

Nur im Lichte der imperialistischen Politik kann die Behandlung der Anschlußfrage seitens der deutschen Bourgeoisie beurteilt werden. Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland bedeutet, ohne Rücksicht darauf, in welcher Form und unter welchen Begleiterscheinungen er sich vollzieht, noch nicht die Lösung der eigentlichen deutschen Frage: der Vereinigung des gesamten deutschen Volkes in einem Staatswesen. In Verfolgung einer wirklichen revolutionären und demokratischen nationalen Politik könnte aber der Anschluß ein wirklicher Schritt zur Lösung der deutschen Frage sein, weil eben dann hinter seiner Propagierung, Vorbereitung, Erkämpfung

und Verwirklichung der feste Wille stände, das Werk von Versailles und Saint-Germain umzustoßen, das nationale Selbstbestimmungsrecht herzustellen und auf seiner Grundlage nicht nur die deutsche Frage zu lösen, sondern ganz Mittel- und Osteuropa vom Norden bis zum Süden neu zu ordnen. Aber für die deutsche Bourgeoisie ist der Anschluß nur ein imperialistisches Ziel, zur selben Zeit ein Mittel, um die nationale Revolution zu verhindern. Er ist ein Posten in ihrer imperialistischen Rechnung, und die deutsche Bourgeoisie operiert mit ihm stets je nach dem augenblicklichen Stand ihrer Interessen und ihres Verhältnisses zu den übrigen imperialistischen Mächten. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob die deutsche Bourgeoisie den Anschluß einmal auf Grund eines Einverständnisses mit diesen Mächten als deren Verbündeter oder im siegreichen Kampfe gegen sie zur Sicherung ihrer Hegemonie über Mittel- und Osteuropa vollzieht. In keinem Fall wird die bürgerlich-imperialistische Lösung der Anschlußfrage mit dem nationalen Selbstbestimmungsrecht etwas zu tun haben und irgendein Gleichgewicht oder irgendeine Beruhigung von Dauer bringen, die ja in der imperialistischen Welt überhaupt unmöglich sind. Nicht nur die kapitalistischen Mächte bzw. Regierungen, die sich einer solchen Stärkung des deutschen Imperialismus aus Gründen ihrer eigenen imperialistischen Interessen widersetzen würden, sondern auch die kleineren Nationen Mittel- und Osteuropas selbst müßten durch einen solchen Sieg des deutschen Imperialismus in Unruhe geraten und so die Auslösung kriegerischer Ereignisse fördern und beschleunigen.

Um ihr imperialistisches Ziel zu erreichen, setzt die deutsche Bourgeoisie alle Hebel in Bewegung und jedes Mittel ist ihr recht. Sie bittet und droht, sie beschwört und schweigt achselzuckend, sie verhandelt, vereinbart und rüstet zu gleicher Zeit, und während sie klug rechnend spekuliert, läßt sie ihre deutschnationalen und völkischen Agenten den wilden nationalistischen Mann spielen und von ihnen national-revolutionäre Töne anschlagen, um die nationalistische Stimmung der kleinbürgerlichen Schichten für alle Fälle aufrechtzuerhalten. In einer Artikelserie der „Kölnischen Zeitung“, die im Juli unter dem Titel „Rund um Oesterreich“ veröffentlicht wurde, findet man eine ganz interessante Definition der deutsch-bürgerlichen Anschlußpolitik. „Revolutionäre Erschütterungen lehnen wir ab“ — das kann man dem Blatte wirklich glauben. Während es aber seiner Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß der Anschluß nicht als isolierter Akt, nicht ohne große Erschütterungen Europas und auch nicht durch Beschluß des Völkerbundes zustandekommen werde, so widerlegte es sich schon früher selbst, als es in einem viel früheren Artikel, auf den es sich in dieser Serie bezieht, schrieb:

„In Oesterreich wohnt eine deutsche Irredenta besonderer Art; sie ist keine Gefangene eines Staates, der ihr das Recht auf freie Entwicklung nähme; sie ist die Irredenta jener Vielheit von Staaten, die die Verträge von Versailles und Saint-Germain geschaffen haben. Die Interessen dieser Staaten sind wandelbar und so wird sicher die Zeit kommen, wo das gute deutsche Recht sich deckt mit den Interessen der einen oder der anderen Gruppe, die heute in der Anschlußfrage beide noch in gemeinsamer Front der Ablehnung stehen. Wie der Anschluß einst zustandekommen wird, ob als Ergebnis einer opportunistischen Politik derjenigen, die ihn heute noch verhindern, oder ob er ein Zugeständnis an die bezwingende Kraft des Gedankens des Nationalstaates sein wird, ist gleichgültig.“

Diese Sätze geben doch die Möglichkeit des Anschlusses auf Grund einer

Vereinbarung zu, und warum könnte der Völkerbund nicht die Kanzlei sein, in welcher diese Vereinbarung unterschrieben wird? Der Abgeordnete Treviramus von der Deutschen Volkspartei, der in einem Artikel im „Tag“ erklärte: „Die deutsche Nation braucht das geeinte Reich zu ihrer außenpolitischen Sicherung“, erinnert daran, daß Mussolini anfangs 1925 den Anschluß bei Sicherung der Brennergrenze durch Deutschland zugestehen wollte, und erklärt dazu: „Wir warten auf die erneute bessere Einsicht von morgen“, womit dieser gute Deutsche zugleich die Hoffnung auf eine Kompromißlösung in der Anschlußfrage und die Bereitwilligkeit der deutschen Imperialisten ausdrückt, die Deutschen Südtirols dem imperialistischen Intern. zu opfern.

Der Juliaufstand des Wiener Proletariats war nicht imstande, die deutschen Imperialisten von der Verfolgung ihres Zieles abzubringen. Nur die „Kreuz-Zeitung“ tanzte aus der Reihe und wollte in einer übertriebenen Panikstimmung das revolutionär anrühige Oesterreich fahren lassen. Für die übrigen Vertreter des deutschen Imperialismus war aber der Juliaufstand nur der Anlaß, um die Notwendigkeit des Anschlusses noch kräftiger zu betonen. Sie gingen dabei von der bei ihnen selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß das heutige Deutschland mit seiner starken bürgerlichen Regierung besser geeignet wäre, das österreichische Proletariat auf die Knie zu zwingen, als eine Seipel-Regierung. Die „Kölnische Zeitung“ drückte das vornehm staatsmännisch folgendermaßen aus:

„Im Reich wurden die Wiener Vorfälle überschätzt und viele kamen zu der Meinung, daß es nicht gut sei, die aufrührerischen Elemente in Wien mit ins Reich aufzunehmen. Das aber hieße den Willen und die Fähigkeit der übrigen Mehrheit des deutschen Volkes, weite Kreise der Sozialdemokratie mit eingeschlossen, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und den Willen zur Demokratie unterschätzen. So kann der Wiener Aufruhr im Hinblick auf den Anschlußgedanken nur eine traurige Episode ohne ernste Folgen sein. Die Vereinigung würde Oesterreich innerlich festigen und damit die Gefahr bolschewistischer Unruhen wesentlich verringern.“

Der oben bereits zitierte Treviramus drückt sich natürlich forscher aus:

„Man wird die trübe Erfahrung machen, daß ohne Deutschlands Hilfe die Wiener Gefahrenquelle für die Ruhe Europas nicht versiegen kann. . . Uns schreckt der Anschluß nicht, selbst wenn die ganzen 6½ Millionen Deutschösterreicher Sozialisten wären.“

Wer hört da nicht die Versicherung nach dem Westen heraus, daß der Anschluß Oesterreichs Deutschland Gelegenheit gäbe, aus Wien ein Bollwerk wie einst gegen die Türken, gegen den Bolschewismus zu machen und so auch dem westlichen Partner im Kreuzzug gegen den Bolschewismus einen wertvollen Dienst zu leisten? Und damit auch der Hilferuf des bedrängten Bürgertums von Oesterreich nicht fehle, schreibt der Salzburger Handelskammersekretär Gebert in der „Vossischen Zeitung“ vom 31. August:

„Der 15. Juli würde sich nicht mehr wiederholen und es würde darüber hinaus für die Weltberuhigung und die Befriedung Europas . . . ein wertvolles Stück Arbeit geleistet werden. (Wenn nämlich Oesterreich angeschlossen würde. O. R.) Ein von wirtschaftlichen Erschütterungen durchzucktes und damit im Zusammenhang sozial beunruhigtes Oesterreich wird nie aufhören können, ein weltpolitisch gefährlicher mitteleuropäischer Unruheherd zu bleiben, sondern es viel mehr zu werden!“

Mit bewundernswerter politischer Feinheit reagierte das deutsche „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ auf diese neue Note, welche der Wiener Aufstand

in die bürgerliche Anschlußbewegung gebracht hatte. Zu der großen Verfassungsfeier des „Reichsbanners“, die am 14. August in Leipzig stattfand, war der österreichische „Republikanische Schutzbund“ schon lange vorher eingeladen worden. Diese Einladung wurde jedoch nach dem 15. Juli auf Befehl des Zentrums von den sozialdemokratischen Reichsbannerführern gehorsamst zurückgenommen, nicht etwa, um eine Demonstration für den Anschluß zu vermeiden, sondern um zu demonstrieren, daß für die deutsche Bourgeoisie der Anschluß zugleich bedeutet, daß in Oesterreich Remedur geschaffen werden muß. Und der arme österreichische Schutzbund, der sich doch wirklich nichts zuschulden hatte kommen lassen und am 15. Juli rechtzeitig mit der Feuerspritze erschienen war, mußte es büßen. Auf diese Weise dokumentierten die sozialdemokratischen Reichsbannerführer die politische Solidarität dieser Organisation mit der Seipel-Regierung und zeigten damit nicht nur dem Schutzbund, sondern auch den österreichischen Sozialdemokraten, daß die innere politische Verwandtschaft nicht genügt und sie auch offen die Politik der Hörsing und Scheidemann zu machen haben, wenn sie sich des Anschlusses ans Reich und an die Noske-Partei würdig erweisen wollen.

Viel beredter als die deutsche Bourgeoisie sind in der Anschlußfrage die Gegner des Anschlusses, vor allem die Entente. Sie fürchten diese erste große Bresche in das „Friedenswerk“ von 1919, weil sie wissen, daß diese Frage, einmal ins Rollen gebracht, nicht mehr zum Stillstand käme. Ein um die Festigkeit der heutigen Staatsordnung Europas besorgter „linker“ Sozialdemokrat, Hugo Saupe, bringt diese Furcht, die ja wegen der revolutionären Konsequenzen jedes Aufwerfens der Grenzfragen auch die Sozialdemokraten aller Nationen bewegt, in der echt links-sozialistischen Lamentation zum Ausdruck: „Wenn die Grenzpfähle im Boden wanken, dann wird der Acheron des Nationalismus in Bewegung gesetzt und niemand vermag für die Folgen einzutreten.“ Die „Kölnische Zeitung“ aber froitzelte die Alliierten nicht übel, indem sie in der bereits erwähnten Aufsatzreihe schrieb:

„Der Anschluß ist für die europäische Politik gleichbedeutend mit dem Problem Oesterreich schlechthin. Diejenigen, die den österreichischen Staat geschaffen und der Verkümmernng überliefert haben, sprechen und schreiben über den Anschluß mehr als diejenigen, die unmittelbar daran beteiligt sind und die sich einander anschließen wollen, ein Beweis dafür, daß jenen ob der Notlage Oesterreichs das Gewissen schlägt, aber auch dafür, daß sie nichts so sehr fürchten, wie die Verwirklichung des Anschlusses.“

Der „Temps“ wurde um Oesterreichs Freiheit besorgt und sagte nicht mit Unrecht, die unbarmherzige Unterdrückung und Aufsaugung Oesterreichs durch Deutschland und die restlose Vernichtung der österreichischen Industrie durch den deutschen Wettbewerb voraus. Den deutschen Kapitalmagnaten handelt es sich eben nicht darum, die Oesterreicher mit den übrigen deutschen Stämmen zu vereinigen, sondern darum, die österreichische Wirtschaft als guten Brocken zu verspeisen und die Oesterreicher in den Machtbereich ihrer Ausbeuterei einzubeziehen. Die Korrespondenz Havas veröffentlichte über die Anschlußgefahr, „die immer größer wird“, eine ganze Artikelserie und forderte die wirtschaftliche Unterstützung Oesterreichs. Neben der Furcht herrscht aber in der Entente in dieser Frage auch absolute Ratlosigkeit. Ihre Politiker wissen, daß Oesterreich auf die

Dauer nicht existieren kann, aber sie wissen nicht, wie die österreichische Frage und damit im Zusammenhang die Frage der kleinen mitteleuropäischen und Balkanstaaten überhaupt gelöst werden soll. In einem Artikel „Das Problem Mitteleuropa“ im „Manchester Guardian“ vom 1. August wurde die folgende Uebersicht über die Pläne mit Oesterreich gegeben:

„Wer ist gegen den Anschluß? Frankreich, weil es eine Vermehrung von Deutschlands militärischer und ökonomischer Kraft fürchtet, Italien, weil es noch mehr eine deutsche Macht an der Grenze seiner südtiroler Provinz befürchtet, die Tschechoslowakei, weil sie die Einkreisung durch ein vereinigt Deutschland von 70 Millionen Einwohnern fürchtet. . . Aber wer wiederum verbietet die Donau-Föderation? Italien aus Furcht vor der Beherrschung derselben durch Frankreich für den erwarteten Fall eines italienisch-französischen Krieges und die Nachfolgestaaten, weil sie im Begriff sind, hinter hohen Zollmauern unabhängige und selbstgenügsame Industrien zu entwickeln. Warum hat ein kleiner Balkan- oder mitteleuropäischer Staat das Bedürfnis, selbstgenügsam zu sein? Um im Falle eines Krieges nicht von seinem Nachbarn abhängig zu sein und um ein höheres Ansehen als starker Kriegsteilnehmer zu genießen.“

Infolge der neuen lebhaften Diskussion der Anschlußfrage sah sich auch der tschechoslowakische Außenminister Benesch gezwungen, eine Aeußerung abzugeben. In einer Unterredung mit dem Mitarbeiter des „Echo de Paris“ sprach er sich sowohl gegen den Anschluß, als auch gegen eine Donau-Föderation und sogar gegen einen Zollverein der mitteleuropäischen Staaten aus. Um nicht zugestehen zu müssen, daß er ebenfalls keinen Ausweg weiß, machte er die geheimnisvolle Andeutung, man habe schon einen Plan, aber den könne man heute noch nicht verraten.

### Die deutsche Frage und die Sozialdemokratie

Die deutsche Sozialdemokratie hat in den Jahren, als die Lösung der deutschen Frage durch die „Revolution von oben“ erfolgte, und auch in den Jahren nach 1871 keine eigene selbständige Haltung zur deutschen Frage eingenommen. Die in den 60iger und 70iger Jahren entstandenen sozialdemokratischen Programme zeigen, daß die deutsche Sozialdemokratie überhaupt nicht zu einer marxistischen Staatsauffassung gelangte. Infolgedessen mußte sie in ihrer Stellung zur nationalen Frage unter den Einfluß der Bourgeoisie geraten, deren Differenzen in dieser Frage sich in der Sozialdemokratie widerspiegeln. Die Lassalleaner söhnten sich unter Schweitzers Führung nicht nur aus realpolitischen Erwägungen und um keine unfruchtbare Nurprotestler-Stellung zu beziehen, mit der Bismarckschen Schöpfung sehr rasch aus, standen also einfach mit der Mehrheit der deutschen Bourgeoisie auf dem kleindeutschen Standpunkt. Die Eisenacher dagegen waren großdeutsch, und besonders Liebknecht brachte diesen Standpunkt zum Ausdruck. Im Sommer 1869 sagte er in einer großen Versammlung in Wien:

„Die jetzige Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland ist nur eine provisorische. Oesterreich muß wieder zu Deutschland zurückkehren, aber nicht zum Deutschland Bismarcks, sondern zu einem freien, auf demokratischer Grundlage geeinigten Deutschland.“

Am Eisenacher Kongreß der deutschen Sozialdemokratie im August desselben Jahres nahmen auch vier Delegierte aus Oesterreich teil, und zwar nicht als Gäste, sondern als vollberechtigte Delegierte. Das war ebenfalls eine Demonstration für den großdeutschen Gedanken. Darüber aber, bis zu welchem Umfang Oesterreich zu Deutschland zurückkehren soll und was

die nichtdeutschen österreichischen Nationen dazu sagen, zerbrach man sich nicht den Kopf. Als die restlose Aussöhnung der deutschen und der deutsch-österreichischen Bourgeoisie mit der 1866 und 1871 geschaffenen Lage erfolgte, gab es auch für die deutsche Sozialdemokratie keine deutsche Frage mehr.

Die österreichische Sozialdemokratie war aber gezwungen, zu der in Oesterreich immer brennender werdenden nationalen Frage und damit auch zum Nationalitätenstaate Stellung zu nehmen. Ihr Standpunkt zum Staat war kein revolutionärer, marxistischer, sondern ein durch und durch opportunistischer. Aber es war ein bis zur Karikatur verzerrter Opportunismus. Die österreichische Sozialdemokratie fluchte in den schärfsten Ausdrücken dem staatlichen Jammer jenes alten Oesterreich, aber sie stellte sich die Aufgabe, dieses alte Oesterreich neu zu schaffen, so zu reformieren, daß es ein Musterstaat werde. Man erfand die Theorie von dem „Kampfboden“, den sich das Proletariat erst schaffen müsse, nämlich in Gestalt eines modernen bürgerlichen Staates, eben des neuen Oesterreich. Die Kämpfe für die politischen Forderungen des Proletariats, vor allem der Wahlrechtskampf, wurden mit der Begründung geführt, daß die Erfüllung dieser Forderungen Oesterreich stärken und festigen werde und daher schon aus diesem Grunde notwendig sei. Der Wahlrechtskampf von 1905 wurde von Renner damit eingeleitet, daß er der Krone auseinandersetze, daß die Schaffung des Wahlrechtes ihre einzig mögliche Rettung sei. Neben den Losungen der Sozialdemokratie ist ja auch aus diesem Wahlkampf das Wort Franz Josephs: „Die Wahlreform muß gemacht werden“, in die Geschichte eingegangen.

Die nationale Frage wurde von der österreichischen Sozialdemokratie nur als österreichische Frage aufgefaßt und die deutsche Frage spielte nur bei geschichtlichen Betrachtungen eine Rolle. Das Programm der österreichischen Sozialdemokratie war nicht die Zertrümmerung des Habsburgerreiches, um die darin gefangengehaltenen Nationen zu befreien, sondern die Umwandlung desselben in einen Bundesstaat autonomer Nationen, wobei die Frage des Zusammenhanges der Lösung dieser Frage mit dem ganzen Wesen der bürgerlichen Gesellschaft, mit der Rolle der nationalen Frage in der bürgerlichen Gesellschaft, die Frage der Grenzen, die der Lösung der nationalen Frage in dieser Gesellschaft gesteckt sind, hinter der einen Haupterwägung zurücktraten: daß diese Umwandlung Oesterreichs die einzig mögliche Form seiner Rettung sei. Der Konkurrenzkampf der nationalen Bourgeoisien um die Hegemonie in Oesterreich wurde als der „Kampf der österreichischen Nationen um den Staat“ definiert, der eben aufhören werde, wenn die Nationen die sprachlich-kulturelle Autonomie haben werden. Praktisch hatte die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie zur nationalen Frage das Ergebnis, daß die Sozialdemokraten der verschiedenen Nationen sich immer enger an ihre Bourgeoisie anschlossen und die österreichische Sozialdemokratie, die ja niemals eine wirklich einheitliche Partei gebildet hatte, auseinanderfiel und sich in eine Reihe selbständiger nationaler Parteien spaltete. Diese Spaltung erfolgte so gründlich, daß auch die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation zerschlagen wurde. Die theoretische Grundlage des Zusammenschlusses der Sozialdemokraten mit der Bourgeoisie schuf Otto Bauer mit seiner bekannten Definition der Nation als einer Schicksals-

und Charaktergemeinschaft. In einer solchen Gemeinschaft kann natürlich die Klassenscheidung nicht so tief gehen wie in einer bloßen Sprachgemeinschaft. Gemäß der Hegemoniestellung der deutschen Bourgeoisie, durch welche diese die Trägerin des österreichischen Patriotismus wurde, betätigte sich der Opportunismus der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten stärker als der der Sozialdemokraten der anderen Nationen in der Richtung auf den Staat. Nur ein kleiner linker Flügel in der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie bekämpfte diesen Opportunismus.

Der Weltkrieg brachte den offenen Uebergang der Sozialdemokratie ins Lager des Imperialismus. Die deutsche Sozialdemokratie bewilligte die Kriegskredite nicht nur, um das deutsche Vaterland an seinen Grenzen zu verteidigen, sondern auch, um das Unterdrückungsregime der deutschen Bourgeoisie in Oesterreich aufrechtzuerhalten, um aus Polen und der Ukraine deutsche Vasallenstaaten zu machen. Die imperialistische Schande des Brest-Litowsker Friedens erlangte zur einen Hälfte die offene, zur anderen die stille Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie. Man darf der Sozialdemokratie nicht erlauben, die Diskussion über ihr Verhalten im Kriege auf die Frage der Vaterlandsverteidigung zu stellen; das hieße, die Tatsachen verhüllen, daß die Sozialdemokratie in Deutschland und auch in anderen kriegführenden Ländern die Partnerin des brutalsten imperialistischen Eroberertums und der infamsten nationalen Unterdrückung war.

Den deutsch-österreichischen Sozialdemokraten wurde zu ihrem Schmerz keine Gelegenheit gegeben, so aktiv patriotisch und imperialistisch tätig zu sein, wie die Sozialdemokraten anderer Länder. Aber in den Grenzen, welche ihnen von der Regierung gesteckt wurden, taten sie ihr Möglichstes für das Vaterland. Während die Sozialdemokraten der anderen in Oesterreich eingesperrten Nationen sich zum großen Teil den national-revolutionären Bewegungen unter der Führung der Bourgeoisie bzw. kleinbürgerlicher Politiker anschlossen und mit diesen Bewegungen 1918 mit Volldampf ins Fahrwasser des Entente-Imperialismus schwammen, wandten die deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs ihre ganze politische Kraft der Erhaltung und Neugestaltung Oesterreichs zu. „Die Erneuerung Oesterreichs“ heißt die Programmschrift Dr. Renners, der im Weltkriege der eigentliche Führer der Partei war. Diese Schrift ist ein glühendes Bekenntnis zum Staat überhaupt und zu Oesterreich im besonderen. Um die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, ja die ganze besonders hohe und ideale Mission des Kaiserstaates zu begründen, erfand Renner eigens die Theorie vom „übernationalen Staate“, der eine viel höhere Form des Staates sei als der Nationalstaat. Um den imperialistischen Charakter dieses k. und k. österreichisch-ungarischen Staatsideals zu unterstreichen, trat Renner für die rühmlichst bekannte „Ausgestaltung und Vertiefung“ des Bündnisses der Habsburger und Hohenzollern ein, und er war der eifrigste Propagandist des Naumannschen Mitteleuropa.

Auf die Stockholmer Konferenz von 1917 kamen die Sozialdemokraten aller Länder mit Programmen, welche den Interessen und Kriegszielen ihrer Bourgeoisie entsprachen, was diese Konferenz im voraus zu einer Komödie machte. Das schönste Bild boten die Delegationen aus Oesterreich-Ungarn: die Sozialdemokraten jeder Nation kamen mit einem anderen Programm.

Das Programm der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten läßt sich kurz in dem Satze der österreichischen Kaiserhymne zusammenfassen: „Oesterreich wird ewig stehen.“ Sie wollten ein neues, ein reformiertes, aber auf jeden Fall ein Oesterreich, und darum lehnten sie das Selbstbestimmungsrecht, das Recht der österreichischen Nationen, über ihre Staatlichkeit selbst zu entscheiden und sich von Oesterreich loszutrennen, ab.

Nach dem Zusammenbruch der beiden Monarchien hatten die Sozialdemokraten Deutschlands und Oesterreichs das Schicksal des Staates und der Nation in ihrer Hand. Sie benützten ihre Macht, um die soziale Revolution zu verraten und die bürgerliche Gesellschaft zu retten. Im Zeitalter des Imperialismus aber war die Befreiung und staatliche Vereinigung der Nation mehr noch als 1848 durch die soziale Befreiung der arbeitenden Klassen bedingt. Es genügte nicht mehr, das Hindernis der Dynastien wegzuräumen, um zur deutschen Einheit zu gelangen; auch die Bourgeoisie als herrschende Klasse mußte aus dem Wege geräumt werden. Nur die von ihrer Bourgeoisie befreite deutsche Nation wäre imstande gewesen, den Widerstand der imperialistischen Bourgeoisie der anderen Nationen gegen die Schaffung der deutschen Einheit zu brechen. Ein großes geeintes deutsches Reich, in welchem die Bourgeoisie herrscht, bedeutet eine Bedrohung aller übrigen Nationen Europas — ein proletarisches, sozialistisches Großdeutschland wäre für die anderen Nationen Europas das Signal zur sozialen und nationalen Befreiung. Sturz der Bourgeoisie, Herrschaft des Proletariats und Bündnis mit den revolutionären Völkern der Sowjetunion waren die Voraussetzungen, unter denen die deutsche Nation die Schande von Versailles und Saint-Germain hätte von sich abwenden können; denn sie hätte dann im revolutionären Proletariat aller Staaten ihre Verbündeten gehabt. Hätte die deutsche Arbeiterklasse sich 1918 von ihrer Bourgeoisie befreit, dann wäre heute nicht nur die deutsche Nation, sondern ganz Europa befreit.

Es war die Politik der deutschen Sozialdemokratie, welche die deutsche Nation nach Versailles führen mußte. Darum mußte auch die Sozialdemokratie dort ihre eigene Schmach selbst unterzeichnen. Der Weg der deutschen Sozialdemokraten nach Versailles war etwas ganz anderes als der Weg der Bolschewiki nach Brest-Litowsk. Die Bolschewiki unterschrieben diesen vom deutschen Imperialismus diktierten Gewaltfrieden, um die Möglichkeit des Kampfes für die Sowjetmacht zu behalten — die deutschen Sozialdemokraten unterschrieben das Diktat von Versailles, weil sie eben dem Kampfe ausweichen wollten; die Bolschewiki erkaufte mit den Opfern, die Brest-Litowsk ihnen auferlegte, eine Atempause und damit die Rettung der Revolution — die deutschen Sozialdemokraten erkaufte in Versailles eine Atempause und damit die Rettung für die deutsche Bourgeoisie. Weil sie von der sozialen Revolution desertierten, konnten sie auch die Aufgaben der bürgerlichen und der nationalen Revolution nicht erfüllen. Der ganze Jammer dieser deutschen „Republik“ und ihrer bereits geschilderten „Einheit“ ist das Werk der deutschen Sozialdemokratie. Sie ist zum kleinbürgerlichen Affen der deutschen Bourgeoisie von 1848 geworden, so jämmerlich, wie diese sich gegenüber ihren Dynastien verhielt, so jämmerlich verhielt sich die deutsche Sozialdemokratie und verhält sie sich heute

noch gegenüber der deutschen imperialistischen Bourgeoisie und ihren monarchistischen Werkzeugen.

Der Zusammenbruch des Reiches und der Monarchie kam auch in Oesterreich gegen den Willen und ohne die Mitwirkung der deutschen Sozialdemokraten dieses Staates. An der österreichischen Republik, welche die Sozialdemokraten als die ihre bezeichnen, sind dieselben höchst unschuldig. Sie spielen in ihr dieselbe Rolle, wie die Sozialdemokratie in Deutschland. Gegenüber der ungarischen Revolution von 1919 haben sich die österreichischen Sozialdemokraten als die schäbigsten Helfershelfer der Konterrevolution erwiesen. Und aus denselben Gründen, wie die deutschen Sozialdemokraten Versailles, unterschrieben die österreichischen Saint-Germain und damit den Verzicht nicht nur auf den Anschluß an Deutschland, sondern auch auf die von Deutschen bewohnten Gebiete in den anderen Ländern des ehemaligen österreichischen Staates.

### Die Sozialdemokraten und der Anschluß

Auch in der Haltung zur Anschlußfrage folgt die Sozialdemokratie in Deutschland und in Oesterreich den Spuren ihrer Bourgeoisie. Sie propagiert den Anschluß nicht im nationalrevolutionären Sinne, sondern um von der nationalen Revolution abzulenken. Die Paul Löbe und Konsorten betätigen sich in der Anschlußfrage in Deutschland nur als Agenten der deutschen Bourgeoisie, ihre Behandlung der Frage weicht nicht im geringsten von der bereits geschilderten Haltung der deutschen Bourgeoisie ab, und sie passen ihre Politik in jeder Situation den Interessen der deutschen Bourgeoisie an. In nichts unterscheidet sich der Berliner „Vorwärts“ von der deutsch-bürgerlichen Presse, wenn er in seiner Antwort auf einen gegen den Anschluß gerichteten Artikel Sauerweins im Pariser „Matin“ schrieb:

„Es spricht nichts dagegen und viel dafür, daß die Anschlußfrage einmal zwischen den Locarno-Mächten unter Zuziehung der anderen interessierten Nachbarstaaten in freundschaftlicher und aufrichtiger Weise erörtert wird . . . Es ließe sich . . . wohl auch Beruhigung darüber schaffen, daß der Anschluß nicht etwa putschartig über Nacht kommen würde . . . Wir sind für alle möglichen Locarnos und haben gegen eins an der Donau auch nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß man dabei Deutschland und Oesterreich nicht noch hinter ihr Vertragsrecht zurückzudrängen versucht.“

Die deutschen Sozialdemokraten unterschreiben also der deutschen Bourgeoisie im voraus eine Blankovollmacht: egal, was die deutsche Bourgeoisie in dieser Frage tun wird, die Sozialdemokraten sind mit allem einverstanden.

Die österreichischen Sozialdemokraten haben den Anschlußgedanken zum Zwecke der Ablenkung des österreichischen Proletariats von dem sündigen Gedanken, ernsthaft gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, propagiert. Sie leben ja politisch von der Aussichtslosigkeit jedes revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie, welche sie den österreichischen Arbeitern suggeriert haben. Man vertröstete die österreichischen Arbeiter auf die Zeit nach dem Anschluß, wo erst ein wirklicher Staat für sie existieren werde und sie wirklich werden kämpfen können. Es war im neuen wie im alten Oesterreich: wieder haben die Arbeiter nach der Meinung der Sozialdemokratie keinen „Kampfboden“ und sie müssen sich denselben erst schaffen. Aber die österreichischen Arbeiter begannen ungeduldig zu werden. Die Sozialdemokraten hatten ihnen den Kampf für den Anschluß als Ablenkungs-

manöver gegeben, aber es fiel ihnen selbstverständlich nicht ein, zu kämpfen. Die Arbeiterschaft sah daher keinen Ausweg und auch das erzeugte in ihr jene Stimmung, die sich am 15. Juli Luft machte. Otto Bauer muß gerochen haben, daß etwas in der Luft liegt. Darum schrieb er jenen Artikel über die Anschlußfrage, der im Juliheft des „Kampf“ erschien. Der kurze Sinn des Artikels ist der, daß man die Hoffnung auf eine unmittelbare Verwirklichung des Anschlusses aufgeben müsse, weil der Widerstand vor allem Italiens und Frankreichs zu groß sei. Otto Bauers Artikel verfolgte den Zweck, den österreichischen Arbeitern plausibel zu machen, daß die Sozialdemokraten auch den Kampf für den Anschluß nicht führen. Der Austro-Marxismus besteht zum guten Teil auch darin, jeder Desertion vom Kampfe eine scheinrevolutionäre Begründung zu geben. Otto Bauer, der im Jahre 1919 gemeinsam mit der österreichischen Bourgeoisie mit dem Vertreter Deutschlands in Wien eine provisorische Vereinbarung über den Anschluß traf und den österreichischen Klerikalen zuliebe darin den Weiterbestand der untrennbaren katholischen Ehe für Oesterreich sicherte — derselbe Otto Bauer spielt sich im Juli-Artikel des „Kampf“ als Hasser der Bourgeoisie auf und erklärt, den Geschmack am Anschluß verloren zu haben, weil die österreichische und deutsche Bourgeoisie sich für ihn begeistert und Hindenburg Reichspräsident ist. Und die Geschichte mit Italien und Frankreich sucht Otto Bauer den österreichischen Arbeitern dadurch schmackhaft zu machen, daß er in seiner pseudo-marxistischen Art von der Notwendigkeit einer Revolution in den beiden Ländern schreibt. Erst müsse in Italien der Faschismus gestürzt und die Demokratie hergestellt werden. Dabei verrät Otto Bauer nicht, woher er weiß, daß die italienische Bourgeoisie ohne Mussolini mit dem Anschluß einverstanden wäre. Für Frankreich verlangt Otto Bauer mehr: dort soll die Bourgeoisie gestürzt werden. Da mußte sich der Austro-Marxist Otto Bauer von der „Kölnischen Zeitung“ darüber belehren lassen, daß die französischen Sozialisten, welche doch nach Otto Bauers Meinung ebenfalls nach dem Sturze der Bourgeoisie in Frankreich regieren sollen, ebenso gegen den Anschluß sind wie die französische Bourgeoisie; und eine Bolschewistenherrschaft würde doch Herr Otto Bauer in Frankreich kaum wünschen, setzte das Blatt höhnisch hinzu. Die Jämmerlichkeit der Argumentation vom Hindenburg-Deutschland zeigte Otto Bauer selbst auf, als er sie zur großen Freude seines Parteigenossen Paul Löbe wieder vollständig zurücknahm, indem er in einem seiner Antwortartikel in der Arbeiterzeitung schrieb:

„Wenn heute der Anschluß möglich wäre, so würden wir ihn vollziehen, wir wünschen und wollen den Anschluß, ganz unabhängig davon, wie sich gerade im Augenblick die inneren Verhältnisse im Reich gestalten.“

Binnen 14 Tagen hatte sich also Otto Bauer mit dem Hindenburg-Deutschland schon ausgesöhnt. Noch erbärmlicher war der Rückzug, den Otto Bauer gegenüber der „Neuen Freien Presse“ antrat, die ihn heftig angepöbelte hatte, daß er in seinem Artikel auf die soziale Revolution spekuliert hätte, also dieselbe wünschte. Otto Bauer rechtfertigte sich mit der schäbigen Versicherung, daß er von der sozialen Revolution nicht als von seinem Wunsch geschrieben hätte, sondern daß das nur eine „objektive Feststellung der unvermeidlichen Entwicklung“ gewesen wäre. Ferner versicherte Otto Bauer, er wolle den Anschluß keineswegs bis nach der sozialen Revolution

vertagen. Damit ist der Verdacht, Otto Bauer bringe die deutsche Frage oder auch nur einen Teil ihrer Lösung mit der Revolution in Zusammenhang, gründlich widerlegt. Ein Sozialdemokrat wünscht die Revolution höchstens in anderen Ländern; aber auch dieser Wunsch Otto Bauers war, wie gezeigt wurde, nicht so ernst gemeint. Otto Bauers Freund Hilferding hält nationale Frage und Revolution mit viel ehrlicherer Deutlichkeit weit auseinander, wenn er in seinem Artikel „Realistischer Pazifismus“ („Gesellschaft“ Nr. 7 bis 9) schreibt:

„Es gilt, die nationale und politische Emanzipation in Bahnen zu lenken, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in allmählicher Entwicklung verwirklichen ... So sehr die Demokratie und die Arbeiterbewegung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennen muß ... so groß ist ihr Interesse an einer Entwicklung, die gewaltsame Eruptionen vermeidet.“

Wozu ist auch eine Revolution nötig? Die Sache des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist doch in guten Händen: die Imperialisten werden es schon bei Gelegenheit einmal, wenn die Situation dafür „reif“ sein wird, verwirklichen. Die Revolution ist überflüssig geworden, die politische und nationale Emanzipation wird eines schönen Tages in Locarno beschlossen und vertragsmäßig festgelegt werden. Die soziale Emanzipation aber ist dann überflüssig geworden.

Noch jammervoller wird das Bild des Verhaltens der Sozialdemokraten in der Anschlußfrage und in der deutschen Frage überhaupt, wenn wir die übrigen Parteien der II. Internationale einbeziehen. Die „Kölnische Zeitung“ hat ja sofort auf die Anschlußfeindschaft der französischen Sozialisten hingewiesen und von den italienischen Sozialisten ist von einer anschlußfreundlichen Haltung durchaus nichts bekannt. Das Organ der belgischen Sozialisten hat am 12. Juli in die Diskussion eingegriffen und seine Anschlußgegnerschaft dadurch bekundet, daß es sich für die Einbeziehung Oesterreichs in eine Donau-Föderation aussprach. Die tschechischen Sozialdemokraten gehen mit einem der größten Anschlußfeinde, dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch durch dick und dünn. So sieht es mit der Anschlußfrage in der II. Internationale aus. Welches Bild würde dieselbe erst bieten, wenn die deutsche Frage in ihrem ganzen Umfange auf die Tagesordnung käme?

### Schl u ß f o l g e r u n g e n

Die Anschlußpolitik der deutschen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Agenten in Deutschland und Oesterreich ist konterrevolutionär und eine Verschwörung gegen die Verwirklichung der staatlichen Einheit der Nation. Die deutsche Arbeiterklasse muß dieser Verschwörung die revolutionäre Losung des Selbstbestimmungsrechtes, die revolutionäre Losung der Verbindung der politischen und nationalen Emanzipation mit der sozialen Emanzipation der arbeitenden Klassen entgegenstellen. Es kann keine halbe Lösung dieser Fragen geben. Die Lösung der deutschen Frage, wie überhaupt die Lösung der nationalen Frage ist unmöglich, solange die Bourgeoisie herrscht, solange der Kapitalismus die Nationen ausbeutet. In der nationalen Frage ist ein Kompromiß des Proletariats mit der Bourgeoisie, ist ein gemeinsamer Kampf des Proletariats und der Bourgeoisie unmöglich. Die deutsche Bourgeoisie ist imperialistisch und damit außerstande, die

nationale Befreiung durchzuführen. Es kann für das deutsche Volk keine bloße nationale Befreiung geben. Mehr als je gilt, was Marx in der Einleitung der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie über die Revolution in Deutschland geschrieben hat:

„Deutschland als der zu einer eigenen Welt konstituierte Mangel der politischen Gegenwart wird die spezifisch deutschen Schranken nicht niederwerfen können, ohne die allgemeinen Schranken der politischen Gegenwart niederzuwerfen. Nicht die radikale Revolution ist utopischer Traum für Deutschland, nicht die allgemeine menschliche Emanzipation, sondern vielmehr die teilweise, die nur politische Revolution, die Revolution, welche die Pfeiler des Hauses stehen läßt.“

Jede Politik der deutschen Arbeiterklasse, die von diesen Grundsätzen abweicht, ist Politik für den deutschen Imperialismus und damit eine Politik gegen Deutschlands Einheit und Freiheit. Das bedeutet aber nicht, daß das deutsche Proletariat den Kampf für die Lösung der deutschen Frage bis nach dem Tage seiner politischen Emanzipation vertagen soll. Die nationale, politische und soziale Befreiung sind nicht für sich abgeschlossene Etappen auf dem Wege der Menschheit, die politische, nationale und soziale Revolution können sich nicht getrennt voneinander vollziehen, sie bilden ein Ganzes. Das bedeutet, daß jeder Kampf für die nationale Befreiung, jeder revolutionäre Schritt zur Lösung der nationalen Frage zugleich die Möglichkeit der Auslösung politischer und sozialer revolutionärer Kämpfe in sich schließt. In diesem Zusammenhange kann der Anschluß Oesterreichs auch gegen den Willen jener, die ihn anstreben und durchführen, ein objektiv revolutionärer Schritt werden. Die deutsche Bourgeoisie und die deutschen Sozialdemokraten wollen den Anschluß durchführen, um damit einen Abschluß in der deutschen Frage zu erzielen. Gegen ihren Willen aber und entgegen ihren Absichten wird dieser Schritt früher oder später die ganze Frage der 1919 geschaffenen Staatenordnung Europas aufrollen. Wir Kommunisten können uns der bürgerlichen und sozialdemokratischen Anschlußforderung und Anschlußbewegung nicht anschließen, aber wir werden die politischen Erschütterungen und die Kämpfe, die sie einmal auslösen muß, ausnützen, um die Sache der Revolution vorwärts zu bringen. Ein Anschluß-Locarno würde den Beweis erbringen, daß die Anschlußbewegung nur Vorspanndienste für den deutschen Imperialismus geleistet hat. Ein Krieg des deutschen Imperialismus, um den Anschluß zu erzwingen — und in einem solchen Kriege werden die sozialdemokratischen „realen Pazifisten“ noch zehnmal mehr patriotische Begeisterung zeigen wie 1914 — würde ein imperialistischer und kein revolutionärer Krieg sein. Wir Kommunisten würden uns gegen einen solchen Krieg, den die Sozialdemokraten dann totsicher als revolutionären Nationalkrieg hinstellen würden, bis zum äußersten zur Wehr setzen, aber wir fürchten ihn nicht; gelingt es dem Imperialismus, ihn gegen unseren Widerstand zu entfesseln, dann werden wir alles daran setzen, damit aus diesem Krieg der revolutionäre Bürgerkrieg der arbeitenden Klassen Deutschlands gegen die deutsche Bourgeoisie werde. Und dieser Krieg wird zugleich der entscheidende Kampf für die Freiheit und Einheit der deutschen Nation, für die Freiheit aller Nationen Europas sein.

A. M.:

## REVUE DES REVUES\*

Am 5. Mai wurde der Geburtstag von Marx durch ein Bankett, veranstaltet von der Nouvelle Revue, gefeiert. Da das gerade mit den Wahlen, dem Sieg der Sozialdemokratie in Oesterreich, zusammenfiel, nun so wurde der Geburtstag von Marx und der sozialdemokratische Sieg zur gleichen Zeit gefeiert, denn der Sieg der Oesterreicher soll ja angeblich den Sieg von Marx' Ideen bedeuten. Man hat ja im Zeichen von Marx gesiegt. Da kommen nun die Allergrößten der II. Internationale, mit dem alten Kautsky an der Spitze, um ihre Freude, ihrem Frohlocken Ausdruck zu geben.

Kautsky sagt: „Ueberall ist der Marxismus auf dem Vormarsch; er bereitet sich vor, die Welt zu erobern, denn das Proletariat bereitet sich in den reifen Ländern vor, die politische Macht zu ergreifen, um die Gesellschaft ihren Bedürfnissen entsprechend zu formen.“ (La Nouvelle Revue Socialiste Nr. 17, Seite 386.)

Demnach ist der „Marxismus“ im Begriff, die Welt zu erobern, die politische Macht zu ergreifen. Welcher Marxismus, fragen wir, und mit welchen Mitteln soll er die bürgerliche Welt aus den Angeln heben? Die Antwort im Sinne Kautskys ist klar. Die politische Macht ergreifen, heißt, in den Wahlen eine sozialistische Mehrheit, eine „marxistische“ Mehrheit zu bekommen, damit ist die Hauptaufgabe gelöst. Soll das wirklich „Marxismus“ bedeuten? Und hat wirklich Marx auf solche Weise die Eroberung der Macht durch das Proletariat verstanden? Die Antwort darauf könnte Kautsky aus seinen eigenen Schriften aus der alten guten Zeit, wo er wirklich die Marxschen Ideen den Massen beizubringen versuchte, herauslesen. Scheidemann und Noske, Longuet, Renaudel, Paul Boncour, Macdonald und Vandervelde vertreten alles, was sie wollen, nur nicht den Marxismus. Die wahnwitzige Idee, den Uebergang zum Sozialismus auf friedlichem Wege zu vollziehen, ökonomisch im Rahmen des Kapitalismus den Sozialismus allmählich zu verwirklichen, durch den Wahlzettel die letzte Schlacht mit der imperialistischen Bourgeoisie auszufechten.

Wenn das alles „Marxismus“ heißen soll, so wissen wir wirklich nicht, wozu Marx überhaupt lebte und wirkte und wozu Kautsky eifrig und fleißig 50 Jahre über Marx' Werken hockte. Nach dem „Altmeister“ Kautsky kommt der jüngere „Meister“ Otto Bauer zu Worte. Auch für ihn ist der „Marxismus“ Heil und Wonne.

„Ihr feiert das Andenken Marx“ — sagt er. „Aber es ist die Geschichte selbst, die es feiert. Die Evolutionstheorie des Kapitalismus, findet sie nicht ihre Bestätigung durch die nationalen und internationalen Trusts der Nachkriegszeit, die hundertmal schrecklicher sind als alle kapitalistischen Agglomerationen, die Marx gekannt hat? Wird seine Theorie der Revolution nicht selbst an den Ufern des Jangtsekiang bestätigt, wo die Kräfte Tschang Kai-scheks — dieses Cavaignac von Schanghai — der Arbeiterklasse von neuem eine Klassenschlacht liefern, die vom neuem die Gesetze des Klassenkampfes bestätigt. Zeigt die ganze Vor- und Nachkriegsgeschichte nicht etwa, daß einzig die Internationale die von neuen imperialistischen Kriegsgefahren bedrohte Menschheit retten kann.“ (La Nouvelle Revue Socialiste Nr. 17, Seite 387.)

Man sieht, „the lighest man“ in der II. Internationale begnügt sich nicht mit allgemeinen Redensarten wie Kautsky. Hier wird von „Revolution“, von „Krieg“, von der Internationale gesprochen, man sieht sofort, daß hier der Leiter einer Partei, ein Politiker spricht, der mit den Massen einigermaßen in Berührung kommt, daher die Verbeugungen vor Schlagworten, die üblich sind.

Die Internationale soll uns nach Bauer vor einem neuen Krieg bewahren. Soll wohl heißen die II. Internationale, nicht wahr? Der Scherz ist nicht schlecht. Der „Altmeister“ Kautsky hat uns belehrt, die Internationale taue nicht für den Krieg, nur für den Frieden. „Inter arma silent musae“ (unter den Waffen schweigen die Musen) sagten die alten Römer. Kautsky betrachtet die Arbeiterinternationale wie eine Art Muse, die während des Kanonendonners nichts zu tun hat. Geht der Krieg weiter, nun dann kommt wieder

\* „La Nouvelle Revue Socialiste“; „La Revolution proletarienne“.

die „Internationale“ und der „Marxismus“ zum Vorschein. Wir fragen die „Meister“ der II. Internationale, was hat bis jetzt diese „Institution“ geleistet und was leistet sie jetzt, um wirklich dem Kriege entgegenzuwirken. Ist vielleicht die schamlose, die niederträchtige Kampagne der englischen Tradeunionisten, ihre verbrecherische Unterstützung der englischen Räuberregierung ein Kampf für den Frieden. Ist vielleicht die deutsche Sozialdemokratie, die am gehässigsten gegen den Sowjetstaat losgeht, der von einem Krieg seitens des Imperialismus bedroht wird, für einen Kampf gegen den Krieg und für den Frieden! Oder arbeitet vielleicht der „Sozialist“ Paul Boncour, „der französische Marxist“, für den Frieden, indem er in der französischen Kammer einen Gesetzentwurf befürwortet, der das schamloseste, das niederträchtigste Schanddokument darstellt, das je vorgelegt wurde, und das die ganze Bevölkerung Frankreichs wehrlos der Soldateska ausliefert und den imperialistischen Krieg direkt heraufbeschwört. Nein, die größte Schlaueit und Unverfrorenheit kann über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß Bauers Ansichten ebenso wie Kautskys mit der marxistischen Theorie des Klassenkampfes und der Revolution nichts gemeinsam haben.

„Wir in Oesterreich haben in den letzten Wochen den Klassenkampf erlebt: die gesamte Bourgeoisie vereinigte sich gegen die Arbeiterklasse, die fest entschlossen ist, in wenigen Jahren die Staatsmacht zu erobern.“ (N. R. S. Nr. 17, Seite 387.)

Diese Worte Bauers wirken wohlthuend nach seinen früheren „marxistischen“ Phrasen. Hier sehen wir eine andere Sprache. Also die letzten Wahlen in Oesterreich, das ist die große Schlacht der Klassen, das ist der Weg, der binnen kurzem dem Proletariat in Oesterreich die Macht, die politische Macht in die Hände geben soll. Wozu also der ganze Lärm? Wozu Cavaignac und Tschang Kai-schek, wozu Revolution und Krieg? Wozu all diese blutigen Gespenster, wenn die ganze Frage idyllisch zu lösen ist? Das ist also des Pudels Kern. Das soll also die „marxistische“ Theorie der Revolution auf österreichischem Boden sein, die Probe aufs Exempel. Mit nichten Herr Bauer. Die wirkliche Schlacht, die geliefert worden ist auf österreichischem Boden, das waren die Juliereignisse, die Julischlacht in Wien, dort stand sich in blutigem Kampf Klasse gegen Klasse gegenüber, und diese wirkliche Klassenschlacht hat sofort die vollständige Nichtigkeit Ihrer Auffassung, Herr Bauer, und zu gleicher Zeit die vollständige Ohnmacht der österreichischen Sozialdemokratie sofort nach ihrem großen Wahlsieg aufs klassischste dokumentiert.

In derselben Nummer berichtet Longuet über den Parteitag in Lyon. Der kleine Enkel glaubt doch etwas vom großen Großvater geerbt zu haben und glaubt sich berufen, Lehren über Marxismus zu erteilen, speziell selbstverständlich den „Bolcheviks“.

Die wichtigsten Fragen auf dem Lyoner Parteitage waren die Stellung zum Militärprojekt, das von Boncour befürwortet war, die Frage des Blocks mit den bürgerlichen Parteien und die Einheitsfront nach links mit den Kommunisten. Der Gesetzentwurf Boncours, von dem schon oben die Rede war, soll einen Sturm der Entrüstung, sogar in einigen Kreisen der bürgerlichen Linksparteien, hervorgerufen haben.

Es gilt, dem blutigen, aggressiven französischen Imperialismus Poincarés, Fochs, der ganz klar seine Vorbereitungen zu einem neuen Kriege trifft, mit aller Wucht entgegenzutreten, und da kommt der „Marxist“ Longuet mit einem ebenso dummen, wie politisch reaktionären Angriff gegen den Kommunismus, die französischen Genossen, die einzigen, die klar und entschlossen den Militarismus bekämpfen. Plötzlich wird Longuet ein „prinzipienfester Marxist“, und anstatt klar sich darüber zu äußern, welche Mittel in Anwendung zu bringen sind, um den Militarismus, die Militärvorlage zu stürzen, fängt er einen Streit an um des Kaisers Bart, ob überhaupt, abstrakt gesprochen, „im Prinzip“ „jede Vaterlandsverteidigung zu verwerfen sei“. Dabei bewegt er sich auf diesem ihm ganz neuen Gebiet mit der Leichtigkeit und Anmut eines Stieres im Porzellanladen.

Es stellt sich heraus, daß er mit Lenin und Bucharin gegen die französischen Kommunisten ins Feld zieht. Nun, wir haben nichts dagegen, wenn Longuet mit Gedanken, Argumenten von Lenin und Bucharin die französischen Kommunisten bekämpft, aber mag er nur konsequent fortfahren und nicht nur die französische Kommunistische Partei, sondern auch den französischen Imperialismus mit Lenin und Bucharin bekämpfen. Wenn er aber die albernen, gehässigen und direkt konterrevolutionären und antiproletarischen Phrasen von dem „roten Imperialismus“, von dem „proletarischen Imperialismus“ wiederholt, stammen diese Phrasen weder aus dem Arsenal von Marx, noch aus dem von Lenin und Bucharin, sie sind dem Arsenal des französischen

Generalstabes entnommen; das ist ganz simpler „Fochismus“, aber kein Marxismus, kein Leninismus.

Wie weit es die Opportunisten, die treuen Gehilfen des französischen Generalstabs, in der französischen Arbeiterbewegung gebracht haben, beweist die Resolution der CGT in Sachen des Militärsturfs, auf die sich Longuet beruft, und die in der „Nouvelle Revue Socialiste“ abgedruckt ist. Longuet sagt:

„Die von der CGT angenommene Resolution gibt nur mäßig, aber in bezeichnender Weise die Gefühle der Massen wieder.“

In dieser Resolution wird mit keinem Silbchen die eigentliche Grundlage dieser Militärvorlage erwähnt, kein Wort über Imperialismus, Kriegsgelüste und Klassenkampf; die Grundidee dieses in der jetzigen Lage in Frankreich unerhörten Dokuments ist in folgendem Satz (La CGT) zusammengefaßt:

„Sie weiß, daß der Friede, um erhalten und endgültig gefestigt zu werden, ständige Opfer erfordert, einen wachsamem und konstruktiven Willen, eine loyale Prüfung der ökonomisch-ethnologischen und politischen Bedingungen und Ursachen, die jeden Augenblick zwischen den Nationen Antagonismen und Rivalitäten schaffen.“

Lesen Sie diese Worte aufmerksam und sehen Sie, wo die Ritter von Amiens angelangt sind. Das sind also die braven revolutionären Antimilitaristen, die revolutionären Syndikalisten, die vor dem Kriege soviel Radau machten, denen keine einzige proletarische, revolutionäre Partei revolutionär genug war, weil sie ja eine „politische“ Partei war und diese „Welteroberer“ verneinen doch die Politik, sie schwuren alle auf ihren Meister Proudhon und wollten die Welt aus ihren Angeln heben mit der berühmten Charte d'Amiens, dem neuen revolutionären Evangelium der französischen Kleinbürger und Konfusionsräte. Angesichts dieser Stellung der CGT, deren Führer vollständig zu einem bewußten und unbewußten Werkzeug des französischen Imperialismus wurden, berührt ganz eigentümlich das Blättchen von Monatte et Consortes, der „Ligue Syndicaliste Communiste“. Die Leute nennen sich Syndikalisten-Kommunisten, sind in der CGTU, kennen die jetzige schwierige, ernste Lage in Frankreich und in Europa, kennen auch die Rolle der CGTU, bekämpfen aber zur gleichen Zeit auch die CGTU und die Kommunistische Partei Frankreichs, kämpfen auch tapfer gegen der „Moskowiter Tyrannei“. Angeblich soll das der Sache der Einigung der Gewerkschaftsbewegung dienen, angeblich soll das eine Verteidigung der Revolution bedeuten, der Sache des Proletariats dienen.

Schon der Titel der Zeitschrift ist ja vielverheißend — „La Révolution Proletarienne“.

Wenn Sie aber einige Nummern des Blättchens mustern, so fragen Sie mit Erstaunen, was wollen diese Leute, welcher Sache dienen sie? Die Nouvelle Revue Socialiste wendet sich in einer Enquete an verschiedene Gewerkschaften mit der Frage: „Ist die Gewerkschaftseinheit möglich?“ Auch Monatte wurde befragt und hat auch geantwortet.

Monatte will um jeden Preis die Einigung der beiden CGT. Aber wie einigen. an wem liegt es, sie herbeizuführen? Hören wir zu:

„Die Führer der CGT bilden sich immer noch ein, in der Zeit zu leben, wo man ihrer bedurfte, um die Revolution zu beschwören, wo man sie als Gleiche anzuerkennen schien, wo man mit dem Gedanken spielte, sie zur Mitarbeit an der Verwaltung der kapitalistischen Gesellschaft heranzuziehen. Sie versuchen ständig, die damals begonnene Unterhaltung wieder aufzunehmen, was ihnen jedoch nicht gelingt.“

Also, die Leiter der CGT sind nach Monatte ganz einfach — was auch stimmt — Verlästerer der Arbeitersache, käufliche Kreaturen der Bourgeoisie. Ganz gut. Nun irrt aber Monatte, wenn er glaubt, daß die reformistischen Führer der CGT zu keiner Verständigung mit der Bourgeoisie, mit dem Generalstab kommen können. O, doch! Die Resolution der CGT in Sachen des Militärprojekts von Boncour, die wir schon früher erwähnten, sagt etwas anderes. Mit Leuten, die eine solche Resolution beschließen, wird sich schon reden lassen.

Nach dieser niederschmetternden Charakteristik der Leiter der CGT folgt plötzlich dieses:

„Die Einigung — sagt Monatte — wird kommen als Krönung einer doppelten Anstrengung der Wiederaufrichtung der CGT, die sich freimacht von der Bevormundung durch die Regierung, der Wiederaufrichtung der CGTU, die sich freimacht von der Bevormundung durch die Kommunistische Partei.“

Da wird also plötzlich die Rolle der Kommunistischen Partei auf gleiches Niveau mit der Rolle der reformistischen Führer gesetzt. Mit welchem Recht darf Monatte diese Gleichsetzung wagen? Wo hat er den leinsten Beweis dafür erbracht, daß die Kommunistische Partei, daß „Moskau“, welches doch wohl einen gewissen Einfluß in der französischen Partei hat, die Gewerkschaftsbewegung schädigt, die Einigung verhindert und dieselbe unheilvolle Rolle in der Arbeiterbewegung spielt, wie die oben so kraß und klar von Monatte gebrandmarkte CGT in der Person ihrer Leiter. Und ist das nicht unerhört und nicht recht charakteristisch für Monatte und seine Gruppe! Was finden wir denn Sachliches, Politisches, ernst zu Nehmendes in dem Blättchen Monattes zur Bekräftigung seiner konterrevolutionären, desorganisatorischen Beschuldigungen? Lächerlichste Lappalien. Oder doch etwas Ernstes? Es ist das alte abgedroschene Lied von der absoluten Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der politischen Partei.

Da unterstreicht Monatte hochtrabend eine Resolution, in der es heißt:

„Die Gewerkschaft, die die Arbeiter außerhalb jeglicher politischen Schule sammelt, muß ihre Handlungen selbst bestimmen, die sich nur in völliger Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den politischen Parteien, philosophischen Sekten und außenstehenden Gruppen entwickeln können.“

Da haben wir also die alten, uns so gut bekannten Phrasen, da haben wir wieder die Charte d'Amiens. Diese stupiden, selbstverständlichen, längst überholten und entlarvten Flachheiten, Schiefheiten sollen jetzt wieder aufgetischt werden. Und wenn Monatte und seine Gruppe ehrlich das glaubt, was wir früher zitiert haben über die Ursachen der Spaltung, über die Rolle der beiden CGT, der reformistischen Leiter und der Einstellung Moskaus und dennoch — anstatt mit voller Wucht in der CGTU zu arbeiten, die Einigung von unten herbeizuführen, die reformistischen Verräter aus der Bewegung herauszuschmeißen — eine desorganisatorische Tätigkeit entwickelt und zu seiner Rechtfertigung nur dieses lächerliche, kleinliche, kleinbürgerliche Geschwätz vorbringen kann, so beweist das nur, daß er es nicht wagt, seine eigentlichen Ideen vorzubringen, daß er unter dem Deckmantel der Bekämpfung der „tutelle communiste“, der „kommunistischen Bevormundung“, im Grunde genommen die verräterischen Reformisten verteidigt, daß er die Gewerkschaften ungeachtet der revolutionären Phrasen den Reformisten ausliefern will. Wenn es in dem Programm der Ligue Syndicaliste heißt:

„Die ‚Ligue Syndicaliste‘ hat sich die Aufgabe gestellt, die beiden CGTs, die eine von den Fesseln der Arbeitsgemeinschaft mit der Regierung, die andere von den Fesseln politischer Bindungen zu befreien, um sie auf den Weg der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit zurückzuführen, ohne die die Einheit unmöglich ist“,

so ist das nichts anderes wie ein direktes Zertrümmern der ganzen revolutionären Arbeit der CGTU, eine Auslieferung der Gewerkschaftsbewegung an die Verräter aus der CGT. Ein Zurückgehen zur Vorkriegszeit in der jetzigen blutigsten Periode. Monatte versteht nicht einmal den Zusammenhang zwischen der Charte d'Amiens und dem Verrate Jouhaux' und Konsorten. Ja, formell stehen doch die Reformisten auf dem alten Standpunkt der Charte; eben diese Charte, die vielleicht seinerzeit erklärlich war, hat ja den Reformisten das Spiel erleichtert. Denn den Verrat an der Arbeitersache, den sie übten, decken sie immer mit der Charte d'Amiens. Und eben das kräftige Eingreifen der Kommunisten der Profintern, die Entlarvung der „Chartisten“ hat ja erst eine gewisse Reinigung, die Schaffung einer festen Grundlage für eine wirkliche Gewerkschaftsbewegung möglich gemacht. Und da kommt Monatte und will das alles rückgängig machen, will den Zusammenhang, den organischen, selbstverständlichen Zusammenhang der Gewerkschaften mit der Kommunistischen Partei, mit der revolutionären proletarischen Internationale gleichsetzen dem Zusammenhang mit dem Generalstab von Foch, mit welchem die „Chartisten“ Jouhaux' und Co. zusammenarbeiten. Niemand denkt daran, die Selbständigkeit, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften im kleinsten zu gefährden, niemand fordert die Degradierung der Gewerkschaften zu einer politischen Sekte. Umgekehrt, Monatte selbst muß bekennen, Moskau will Massenorganisationen, nicht aber Sekten. Aber niemand kann jetzt ernstlich unter Selbständigkeit, Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung die Charte d'Amiens verstehen. Diese Unabhängigkeit, diese Selbständigkeit, das ist der Weg von Jouhaux, der Weg in das Lager des Militarismus und des Imperialismus.

Und folgendes ist sehr kennzeichnend für die Gesinnung Monattes und seine Gruppe. In dem Blättchen werden Sie vergebens eine klare Stellung in Sachen des bedrohten Sowjetrußlands suchen. Sie müssen sich von Romain Rolland belehren lassen, der in

einem tapferen Brief, bei all seinem „Pazifismus“ und Mangel an richtiger Beurteilung des Kommunismus und Sowjetrußlands doch mutig sagt:

„Rußland ist eine Gefahr — und, sagt er — eine gewaltige Koalition der imperialistischen Mächte der ganzen Welt bereitet sich, geleitet vom britischen Imperium, gegen die Sowjetunion vor. Welches auch die Fehler, der Stumpfsinn und oft auch selbst die Verbrechen der russischen Revolution sein mögen, die russische Revolution verkörpert den gewaltigsten sozialen Versuch, den mächtigsten und fruchtbarsten des modernen Europa.

Wenn sie zerschmettert wird, so wird nicht nur das Weltproletariat versklavt werden, sondern auch jegliche soziale und individuelle Freiheit, diese heilige Freiheit, die der beste Verbündete des befreiten Rußlands ist. Und die Völker Europas werden sich von heute auf morgen in einen ungeheuerlichen Krieg der Plutokratie und der europäischen Imperialisten gegen die asiatische Unabhängigkeit verwickelt sehen.“

Wir müssen selbstverständlich von Romain Rolland nicht das verlangen, was er nicht geben kann, eine richtige revolutionäre Bewertung des Bolschewismus und Sowjetrußlands, aber eines muß man ihm lassen, den Mut und das revolutionäre Gefühl, man müsse Sowjetrußland um jeden Preis verteidigen!

Und nun Monatte in seinem Blättchen, das sich kommunistisch und proletarisch nennt! Spricht er etwa von der Kriegsgefahr, wendet er sich an die in den Gewerkschaften organisierten Massen mit der Mahnung und der Forderung, man müsse um jeden Preis Sowjetrußland verteidigen? Gott bewahre. Das wäre doch eine Verletzung der „Charte d'Amiens“, der „independance absolue des syndicats“, der „absoluten Unabhängigkeit der Gewerkschaften“, das wäre doch ein schlagender Beweis für die „tutelle Communiste“, die man bekämpft. Monatte glaubt wahrscheinlich, die wichtigste Aufgabe der Syndikalisten, der Kommunisten in der jetzigen blutig-ernsten Lage bestehe darin, die Kommunistische Partei zu bekämpfen, die kleinlichste Kritik an ihr zu üben, den Arbeitern einzuschärfen, daß sie sich von der „tutelle Communiste“ befreien müssen, und die „tutelle Communiste“ macht dem Monatte viel mehr Aerger wie die „tutelle capitaliste“. Wenn ihm aber die „independance absolue des syndicats“ verbietet, zugunsten Sowjetrußlands und des Kommunismus in seinem Blättchen aufzutreten, so steht es vollständig im Einklang mit dieser „independance“, gegen Sowjetrußland zu schreiben und gegen den Kommunismus. Und so findet sich in der Nummer vom 15. Juni ein langes Schreiben der Gruppe von Korsch et Consortes, worin die biederen „Revolutionäre“, die sich auch „Kommunisten“ nennen, die Arbeiterdelegationen, die nach Rußland gehen, auffordern, die in den „Gefängnissen darbenden Märtyrer und Kämpfer“ zu befreien. In der Nummer vom 1. August wird ein langer Brief von Madeleine Kerr abgedruckt, worin sie zeilenlang unerhörte Anschuldigungen gegen die Kommunistische Partei Frankreichs, gegen die Komintern vorbringt.

Die Kommunistische Internationale — ein Instrument des russischen Staates, so heißt ein Absatz in diesem Briefe. Nicht wahr, wie rührend. Wenn Poincaré und Jouhaux und Chamberlain laut ausrufen: „Der russische Staat — ein Instrument der Komintern, ergo: zermalmen wir den russischen Staat und die Komintern!“ so kommt zur Abwechslung, um uns vor Monotonie zu retten, Korsch et consortes, Madeleine Kerr und Monatte und singen: „Die Komintern — ein Instrument des russischen Staates, also muß der russische Staat zermalmt werden.“ Wie wir sehen, führen alle Wege nach Rom.

Monatte will die Einigung der gewerkschaftlichen Bewegung herbeiführen, den besten Weg, der dazu führen soll, glaubt er darin gefunden zu haben, Sowjetrußland und die Komintern auf Schritt und Tritt zu bekämpfen, auf gehässigste Weise zu verleumden. Er hat gewissermaßen recht. Will er die Einheit mit Jouhaux und durch Jouhaux, die Einheit mit dem Militarismus, so hat er den richtigen Weg betreten, wir glauben aber kaum, daß ihm die Arbeitermassen auf diesen Weg folgen werden.